



Foto: toa555 / Adobe Stock

Eigenanteile bei Pflegebedürftigkeit sind stark gestiegen. Das ist nicht nur unfair, sondern kann Betroffene zu „Sozialfällen“ machen.

Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten – SoVD für solidarische Vollversicherung

Pflege endlich gerecht finanzieren

Im Pflegefall kann es teuer werden. Steigende Kosten müssen die rund 3,4 Millionen Pflegebedürftigen selbst tragen, denn ob stationär oder ambulant: Die Pflegeversicherung deckt nicht alle Leistungen ab. Diese „Teilkasko“ ist für viele ein Armutsrisiko – aus SoVD-Sicht unhaltbar. Bereits lange sichtbar sind außerdem die strukturellen Probleme in der Pflege. Bei der Versorgung und ihrer Finanzierung ist dringend eine umfassende Reform nötig.

In einem breiten Zusammenschluss engagiert sich der SoVD deshalb für bessere Bedingungen und eine andere Pflegeversicherung. Das „Bündnis für Gute Pflege“ aus 23 Verbänden und Organisationen sowie 14 Unterstützern, die rund 13,6 Millionen Menschen vertreten, stellte einen Forderungskatalog auf.

Neben mehr Personal und dessen besserer Bezahlung will es einen Systemwechsel in der Finanzierung: hin zu einer gerechten, solidarischen, pa-

ritätischen und nachhaltigen Versicherung, die alle pflegebedingten Kosten deckt.

Das Bündnis fordert unter anderem, „versicherungsfremde“ Leistungen mit Steuern zu finanzieren, medizinische Behandlungspflege in Heimen statt Pflegekasse zu bezahlen und den Pflegevorsorgefonds aufzulösen, damit er in die Versicherung fließt. Zudem seien die Leistungen entlang der Lohnentwicklung zu dyna-

misieren. Eigenanteile der Pflegebedürftigen seien kurzfristig zu begrenzen.

Dass in der Pflege Änderungsbedarf besteht, landete in den letzten Monaten stärker auf den Tagesordnungen, weil das ganze Gesundheitssystem in der Coronavirus-Pandemie viel Aufmerksamkeit bekommt. Mängel, Grenzen und Gefahren – auch soziale – werden sichtbarer.

So befasst sich das Bundesgesundheitsministerium (BMG)

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Unabhängig und mobil bleiben - auch nach einem Unfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe- und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746925 (gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verursachen mehr als 50 Prozent der gesamten Kohlendioxid-Emissionen weltweit; das reichste ein Prozent mehr als doppelt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Das besagt eine Studie, die die Entwicklungsorganisation Oxfam kurz vor der 75. UN-Vollversammlung veröffentlicht hat. Die Daten basieren auf den klimapolitisch wichtigen Jahren 1990 bis 2015. Für das Ergebnis macht Oxfam eine Politik verantwortlich, die „auf Konsumanreize setzt, immerwährendes

Wachstum verspricht und die Welt ökonomisch in Gewinner und Verlierer spaltet.“ Der Appell, den die Organisation damit verbindet – nämlich, Klima- und Ungleichheitskrise zusammenzulösen –, entspricht exakt den Forderungen, die wir im SoVD vor knapp einem Jahr gemeinsam mit anderen erhoben haben. Auch wir sind überzeugt, dass die komplexe Aufgabe Klimawandel nur als sozial-ökologische Wende gelingen kann. Soziales und Klimaschutz dürfen sich nicht ausschließen – weder bei den Energiekosten noch beim

Wohnen, beim Kauf nachhaltiger Produkte oder in der Frage von Mobilität. Bislang tragen jedoch gerade Geringverdienende überproportional an den Kosten für Klimaschutzmaßnahmen: Höhere Strompreise etwa belasten ärmere Haushalte viel stärker als wohlhabende. Das kann nicht funktionieren! Die klimapolitischen Herausforderungen könnten eine Chance sein, die Idee sozialer Gerechtigkeit stärker ins Zentrum zu stellen – hierzulande, europaweit und global.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

SoVD-Zeitung jetzt auch als E-Paper

„Soziales im Blick“ testweise zusätzlich zur Printzeitung

Seite 3



Helfer auf vier Pfoten

Assistenzhunde geben mehr Teilhabemöglichkeit

Seite 5



Armut europäisch bekämpfen

Digitale Veranstaltung von SoVD und AWO

Seite 4



Mitgliederbefragung

Körbeweise Post und große Beteiligung auch online

Seite 4

sovд.de/mitgliederbefragung



Antworten Sie auch online noch bis zum 30.9.!

An der Uni in Zeiten von Corona

Studierende mit Handicap

Seite 9



Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten beenden – SoVD für solidarische Vollversicherung

Pflege endlich gerecht finanzieren

Fortsetzung von Seite 1

endlich verstärkt damit, dass es in Kliniken, Praxen, Heimen, ambulanten Diensten und bei Pflegebedürftigen etliche Problemlagen gibt. Auf viele weist der SoVD schon lange hin.

Eine einmalige „Corona-Prämie“ für Pflegekräfte, die nicht einmal alle erhalten, ändert an deren Situation im Grundsatz wenig. Auch dieser Bonus wird im Übrigen größtenteils über die belastete Pflegeversicherung finanziert – mit bis zu 1.000 Euro, bis 1.500 Euro sollen Länderzuschüsse ermöglichen.

Pflegebedarf als Armutsrisiko – echte Reform überfällig

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat viele Pakete und Gesetze im gesamten Gesundheitsbereich zugesagt oder Entwürfe vorgestellt. Was in der laufenden Legislatur noch wirklich kommt, muss sich zeigen.

Eigentlich stand dabei ebenfalls ein Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung auf der Agenda: Das hatte Spahn im Januar für die Jahresmitte angekündigt, verschob dann aber die Diskussion auf den Herbst. In der Debatte soll es auch um neue Finanzlöcher durch die Corona-Krise gehen, also um „Machbarkeit“. Ein Gesetzentwurf liegt noch nicht vor.

Zu befürchten ist, dass dieser nur ein kleiner Wurf wird. Keine Lösung kann es nach Überzeu-

gung des SoVD etwa sein, allein die private Pflegeversicherung zu stärken.

Aus Verbandssicht ist eine echte Reform fällig, die nicht „nach Kassenlage“ aufschiebbar ist. Dafür gibt es mehr Gründe als den von der Politik benannten, dass bald die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegebedürftigkeitsalter kommen. Schon jetzt wachsen Bedarf und Kosten, schon jetzt ist die Finanzierung schwierig; und es sind die Pflegebedürftigen, die das besonders trifft.

Durch steigende Eigenanteile führt Pflegebedarf oft zu prekären Lagen. Denn die Pflegekasse bezahlt nur eine Pauschale, je nach Pflegegrad. Ambulant ist der tatsächliche Bedarf besonders schwer zu beziffern. Viele Tätigkeiten erbringen auch bei Hilfe durch Pflegedienste nicht diese, sondern Angehörige oder gar die Pflegebedürftigen selbst, notgedrungen, so gut wie möglich – und ohne Vergütung.

Heimbewohnende zahlen über 2.000 Euro im Monat

Ob Heim oder daheim: Alles über den Festbetrag hinaus zahlen die Versicherten selbst. Ihr Eigenanteil in Heimen liegt inzwischen im Bundesdurchschnitt bei 2.015 Euro im Monat. Davon sind 786 Euro für die eigentliche Pflege, 455 Euro für Investitionskosten der Heime und der Rest für Unterkunft und Ver-



Foto: Photographeeu / Adobe Stock

Die tatsächlichen Kosten und Leistungen im Fall von häuslicher Pflege lassen sich kaum korrekt beziffern – oft übernehmen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen trotz Pflegedienst vieles selbst.

pflegung. „Selbst mit einer auskömmlichen Rente ist dies nicht mehr zu bewältigen“, sagt dazu SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Die Durchschnittsrente betrug 2019 laut Deutscher Rentenversicherung über alle Rentenarten hinweg 954 Euro. Viele liegen weit darunter. Jede*r dritte Heimbewohnende bezieht Sozialhilfe.

„Eine qualitativ hochwertige und am Bedarf orientierte Pflege setzt eine deutlich bessere Personalausstattung in der stationären und ambulanten Altenpflege voraus sowie eine angemessene tarifliche Bezahlung“, so Bauer weiter. „Die damit verbundenen Kostensteigerungen dürfen jedoch nicht einseitig zulasten der Betroffenen gehen.“

Hier besteht dringender Reformbedarf, denn Pflege geht alle an.“

SoVD für Vollversicherung: gerecht, solidarisch, nachhaltig

Pflege ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Ihre Finanzierung muss daher aus SoVD-Sicht zukunftssicher, solidarisch und fair sein. Lösbar wäre das nur durch den nachhaltigen Umbau der Pflegeversicherung.

Hierzu kursieren verschiedene Modelle – etwa, die Eigenanteile zu deckeln. Populär ist der „Sockel-Spitze-Tausch“. Er kehrt das aktuelle Modell um: Pflegebedürftige würden einen Festbetrag zahlen, alles darüber übernehme die Kasse.

Der SoVD tritt für eine Bürger-

Vollversicherung in der Pflege ein. Damit entfielen Eigenanteile langfristig ganz. Alle Bevölkerungsgruppen sollten solidarisch einzahlen, auch Beamte und Selbstständige. Die Beiträge im Berufsleben wären paritätisch zu übernehmen, sie würden vermutlich nur gering steigen. Dafür könnte die Versicherung alle pflegebedingten Leistungen abdecken. Investitionskosten sollen endlich, wie bei Einführung der Pflegeversicherung 1995 geplant, die Länder tragen, statt sie auf die Heimbewohnenden abzuschieben. Diesen blieben dann noch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung – die sie auch ohne Pflegebedarf hätten.

Eva Lebenheim

Steigender Pflegebedarf

Steigt der Bedarf, steigen die Kosten. Das gilt für Pflegebedürftige wie für das ganze Pflegesystem. Dass das ohne Reformen auf den Kollaps zusteuert, betonen neben dem SoVD auch viele Forscher, darunter Gesundheitsökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang (Universität Bremen). Auch er hält eine neue Finanzierung für unabdingbar: Vor allem in der Altenpflege seien mehr Personal und bessere Löhne nötig – doch gebe es beides, trügen im jetzigen System die Mehrkosten größtenteils die Pflegebedürftigen.

Im Februar veröffentlichte Rothgang ein Gutachten diverser Forschungseinrichtungen zur Personalbemessung in Langzeitpflege-Einrichtungen. Demnach fehlen bundesweit 36 Prozent Pflegekräfte, etwa 120.000 in der vollstationären Pflege.

Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie nicht genug gestärkt – hohe Dunkelziffer

Pflegende Angehörige kommen zu kurz

Nicht nur die berufliche Pflege braucht aus SoVD-Sicht Unterstützung. Oft vergessen wird eine riesige Gruppe: pflegende Angehörige. Denn wohnen Pflegebedürftige zu Hause statt im Heim, sind ambulante Dienste nicht die einzige Hilfe. Viele Familienmitglieder übernehmen die Versorgung – ganz oder zum Teil, indem sie die Tätigkeiten des Pflegedienstes ergänzen. Doch drohen ihnen dadurch Nachteile.

Rund drei Viertel der 3,41 Millionen anerkannt Pflegebedürftigen werden laut Statistischem Bundesamt zu Hause versorgt: ungefähr 2,6 Millionen Menschen. Bei den meisten (1,76 Millionen, letzte Zahlen von 2017) tragen allein Angehörige die Pflege-Verantwortung.

Zudem liegt die wahre Zahl vermutlich höher. Das gilt vor allem, wenn das mitzählt, was nur die Familie übernimmt und was als Pflegeleistung definierbar, aber nicht erfasst ist. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) betrüge die „Dunkelziffer“ bis zu 4,6 Millionen Hilfsbedürftige nur bei Sorgearbeit zu Hause. Viele Angehörige pflegen unvergütet.

Der SoVD nimmt die aktuellen Pflegedebatten zum Anlass, erneut hierauf hinzuweisen: Es



Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Private Pflege kann das Berufsleben stören und die ganze Familie belasten – egal, ob man Ältere versorgt oder ein Kind mit Pflegebedarf.

drohen auch berufliche und damit Renten-Einbußen. In 70 Prozent treffen sie Frauen. Sie pflegen im Durchschnitt 21 Stunden

pro Woche unbezahlt. Diese Zahlen hatte ein Gutachten ergeben, mit dem der SoVD vor einem Jahr vor „Altersarmut von Frauen

durch häusliche Pflege“ warnte (*erhältlich auf www.sovd.de*). Der Verband meint: Pflege muss für alle mit dem Beruf vereinbar sein – und mit dem Familienleben. Denn auch das leidet oft.

Ein Jahr später hat sich seitens der Politik wenig getan. Dabei war der Stellenwert häuslicher Sorgearbeit im Corona-Lockdown allzu deutlich. Forderungen nach ausgeweiteten Lohnersatzleistungen wurden nicht umgesetzt. Immerhin gab es vom Familienministerium Krisen-Akuthilfen wie einen einfacheren Zugang zur Familienpflegezeit und doppelt so lange Pflegeunterstützungsgeld (20 statt 10 Tage). Doch die Regelungen gelten nur coronabedingt und sind zeitlich begrenzt – das hilft den dauerhaft Pflegenden nicht. Eva Lebenheim

„Soziales im Blick“ kann in einer Testphase zusätzlich zur Printausgabe bezogen werden

So funktioniert die Anmeldung

SoVD-Zeitung jetzt auch als E-Paper

Als ältester deutscher Sozialverband sind wir „aus Tradition modern“. Auch im Bereich der Verbandsmedien setzen wir auf Bewährtes und gehen gleichzeitig konsequent neue Wege, um dem Anspruch zeitgemäßer Kommunikation gerecht zu werden. Unser Ziel ist die sinnvolle Vernetzung herkömmlicher und moderner Informationskanäle, sodass die breit und unterschiedlich gestreuten Bedürfnisse aller Mitglieder wahrgenommen und berücksichtigt werden können. Ab Dezember können wir unseren Mitgliedern die Zeitung auch als E-Paper zustellen.

Vor einem Jahr befragten wir Sie als Mitglieder zu Ihrer Meinung zur SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“. Ein Teil der Befragung zielte darauf, wie Sie die Mitgliederzeitung erhalten möchten: weiterhin auf gedrucktem Papier und/oder als digitale Variante?

Zeitung als wichtiges Bindeglied – Print und online

Sehr deutlich zeigten Sie uns zunächst mit Ihren Antworten, dass Ihnen der Bezug der SoVD-Zeitung wichtig ist und dass diese in unserem Verband auch gegenwärtig ein wichtiges Bindungsorgan zwischen allen Gliederungen und Mitgliedern darstellt.

Unsere Mitgliederzeitung ist das einzige SoVD-Produkt, das jede*n von Ihnen auf direktem Wege und ohne jedes Zutun zu Hause erreicht. So halten wir Sie informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Sozialpolitik, im Sozialrecht, über die verbandspolitischen Aktivitäten des SoVD und über das Leben in Ihrem Landes-, Kreis- und Ortsverband. Und laut Satzung ist es Ihr gutes Recht, auf dem Laufenden zu sein und Einblick zu erhalten.



Foto: Redaktion

Das E-Paper kann am Bildschirm, aber auch am Tablet oder Smartphone gelesen werden.

Was ergab die große Leser*innenumfrage 2019 darüber hinaus? Ein Blick zurück: Während die große Mehrheit (85 Prozent) auch weiterhin die Zeitung als Papier in der Hand halten möchte, zeigte immerhin jede*r Vierte der Antwortenden (25 Prozent) Interesse an einem digitalen Bezug von „Soziales im Blick“. Von den 25 Prozent zeigten zehn Prozent Interesse an einem ergänzenden Bezug; 15 Prozent konnten sich vorstellen,

die SoVD-Zeitung alternativ, also ausschließlich, digital zu lesen. Aus diesen Wünschen entstand für uns der Auftrag „E-Paper“.

E-Paper wird in Testphase ergänzend zugestellt

Heute – ein Jahr später – können wir Ihnen nun die Möglichkeit bieten, die Zeitung in einer Testphase zunächst ergänzend zur gedruckten Form online zu beziehen. Beginnend mit der Dezember-Ausgabe stellen wie

bei Interesse die SoVD-Zeitung ein halbes Jahr als E-Paper zu.

E-Paper als Vertriebsvariante der SoVD-Zeitung

Das E-Paper bildet 1:1 die SoVD-Mitgliederzeitung ab. Es handelt sich um nicht anderes als eine digitale Vertriebsvariante. Das E-Paper verfügt über eine Blätter- und Vergrößerungsfunktion (Zoom) sowie über einen separaten Textmodus.

Von den sogenannten Teasern, den Anreißern rechts auf der Titelseite, gelangen Sie auch direkt zu den Schwerpunktthemen der Ausgabe. Wenn Sie das E-Paper mit dem Smartphone oder Tablet öffnen, können Sie zudem die Vorlesefunktion aktivieren. Außerdem können Sie – ausgehend von den Info-Kästen am Fuße einzelner Berichte – bei Interesse via Klick direkt die entsprechenden SoVD-Stellungnahmen oder Sozialinfos öffnen.

Nach dieser Testphase, die bis Ende Mai 2021 laufen wird, können wir erlauben, wie groß das Interesse am E-Paper in unserer Mitgliedschaft ist, und entsprechende Überlegungen zu einem alternativen Bezug konkretisieren.

Wie erhalte ich das E-Paper?

Sie möchten die SoVD-Zeitung testweise auch online lesen? Probieren Sie es einfach aus!

Wir möchten, dass Sie es hierbei einfach haben und sich nicht Monat für Monat die Zeitung auf der Internetseite „abholen“ müssen; auch das E-Paper soll Ihnen zugestellt werden.

Um das E-Paper zu beziehen, tragen Sie sich bitte *einmalig* auf einem eigens hierzu eingerichteten Formular auf der Internetseite www.sovd.de/e-paper ein.

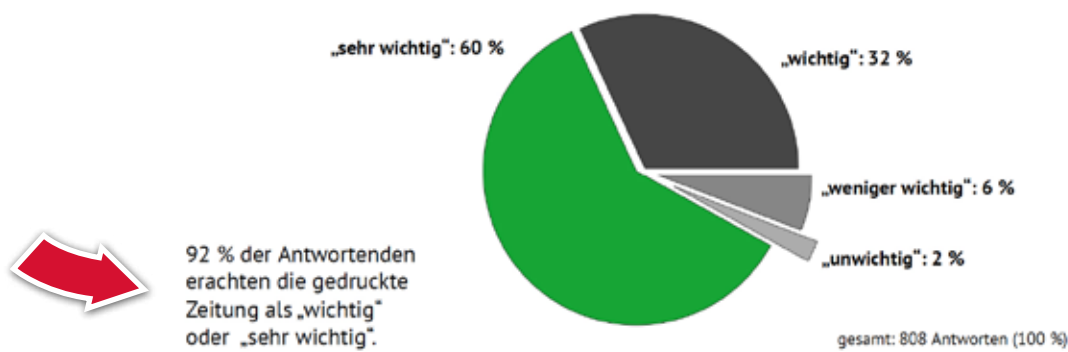
Sie erhalten dann beginnend ab Dezember per E-Mail einen Link zur aktuellen Ausgabe der SoVD-Zeitung. In der Ausgabe finden Sie zudem gebündelt alle Landesbeilagen.

Datenschutzhinweis: Selbstverständlich werden Ihre Daten nur zum Zweck des E-Mail-Versandes aufgenommen.



Dieses Bezugsformular finden Sie unter www.sovd.de.

Ergebnisse der Leser*innenumfrage 2019



Grafiken: Redaktion

Die Leser*innenumfrage zeigte 2019 einen hohen Bindungsgrad zur SoVD-Mitgliederzeitung.



Jede*r Vierte zeigte sich offen für den digitalen Bezug – allerdings zum Teil nur ergänzend.

Umfrage der Zeitungsmarktforschung

Zeitungsubos immer noch bevorzugt in Print

Wir haben die SoVD-Mitglieder in einer Leser*innenumfrage unter anderem dazu befragt, ob sie ihre Zeitung gedruckt oder online lesen möchten. Über die Ergebnisse haben wir berichtet. Wie sieht es auf dem deutschen Zeitungsmarkt aus? Nachfolgend ein paar Daten zum groben Überblick.

2019 lag die verkaufte Gesamtauflage deutscher Tages- und Sonntagszeitungen laut „Statista“ bei rund 14,9 Millionen Exemplaren. Mehr als jede zehnte verkaufte Zeitung ist inzwischen eine digitale Ausgabe. (Quelle: www.zeitungen.de). Überwiegend werden jedoch E-Paper dabei im regelmäßigen Abonnement und mit bezahltem Inhalt (Content) bezogen.

Den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage der ZMG Zeitungsmarktforschung zufolge sind allerdings längst nicht alle Leser*innen für die digitale Lektüre zu begeistern. Wer sich auf seine gedruckte Zeitung freut, lässt sich nicht so leicht auf digital umstellen: 71 Prozent der Print-Abonnent*innen würden die gedruckte Zeitung sehr vermissen, wenn es sie nicht mehr gäbe, ergab die repräsentative Umfrage, die im Januar 2020 im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) durchgeführt wurde. Demnach stellte die digitale Variante für die meisten Befragten eigentlich keine Alternative dar: Drei Viertel (75 Prozent) konnten sich nicht vorstellen, ihren abonnierten Printtitel nur noch als E-Paper zu lesen.

Insbesondere junge Leser zeigten sich hingegen aufgeschlossen gegenüber einer digitalen Zeitung. Der Umfrage zufolge hielten mehr als drei Viertel (77 Prozent) der 14- bis 29-Jährigen das E-Paper für eine sinnvolle Alternative zur gedruckten Zeitungsausgabe.

Mitgliederumfrage des SoVD

Machen Sie noch mit!

Der SoVD möchte mehr über seine Mitglieder erfahren, um zukünftig noch besser zu werden. Sie können uns helfen, indem Sie bei unserer Befragung mitmachen. Nutzen Sie die letzten Tage noch bis zum 30.9.!

So können Sie mitmachen

1. Möglichkeit: Sie füllen den in der September-Ausgabe abgedruckten Fragebogen aus und senden ihn in einem Briefumschlag noch bis zum 30.9.2020 an den Sozialverband Deutschland e. V., Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

2. Möglichkeit: Besonders hilfreich ist es, wenn Sie den Fragebogen auf unserer Internetseite beantworten – das spart Ihnen das Briefporto und für uns entfällt die aufwendige Dateneingabe. Auf www.sovd.de/mitgliederbefragung können Sie die Fragen beantworten.



3. Möglichkeit: Mit dem hier aufgedruckten QR-Code können Sie auch direkt mit Ihrem Smartphone zur Umfrage gelangen. Dafür scannen Sie den Code mit Ihrer Handykamera oder einer QR-Code-App und werden dann automatisch zur Online-Umfrage weitergeleitet.

Warum machen wir diese Umfrage?

Bei der aktuellen Umfrage wollen wir die Interessen unserer Leser*innen und Mitglieder und ihr Verhältnis zum SoVD genauer kennenlernen: Wie sind Sie zum SoVD gekommen? Was ist Ihnen wichtig? Und welche Themen interessieren Sie besonders? Wir sind gespannt auf Ihre Antworten. Diese helfen uns, den SoVD im Sinne unserer Mitglieder weiterzuentwickeln, um auch in Zukunft als zuverlässiger und starker Partner an Ihrer Seite zu stehen. In einer der nächsten Ausgaben werden wir über die Ergebnisse der Umfrage berichten.

Fünf Blumensträuße als Dankeschön

Als kleines Dankeschön verlosen wir unter allen Teilnehmer*innen fünf wunderschöne Blumensträuße, die wir Anfang Oktober zu Ihnen nach Hause senden. Dafür schreiben Sie bitte Ihre Adresse außen auf den Briefumschlag, mit dem Sie den Fragebogen zurücksenden, oder geben Ihre Anschrift am Ende des Online-Fragebogens an. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Lars Christensen / Adobe Stock



Foto: Redaktion

Die Umfragebeteiligung – per Zuschrift und online – ist sehr hoch!

Veranstaltung am 12. Oktober im Stream – Anmeldung für Teilnahme erforderlich

Armut europäisch bekämpfen

Gemeinsam mit der AWO veranstaltet der SoVD eine digitale Tagung über „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“. Es sprechen Vertreter*innen beider Verbände, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen, darunter Bundesminister Hubertus Heil.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fällt in eine bewegte Zeit. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und notwendigen Aktionen gegen die Klimakatastrophe ist auch das Soziale ein Politikfeld mit gro-



Hubertus Heil

ßem Handlungsbedarf. Das Ziel der „Europa-2020-Strategie“, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 20 Millionen zu reduzieren, wurde weit verfehlt.

Unter dem Titel „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“ organisieren der SoVD und die AWO deshalb

am 12. Oktober von 11 bis 13 Uhr eine digitale Veranstaltung. Es sprechen unter anderem SoVD-Präsident Adolf Bauer und AWO-Präsidiumsmitglied Gerwin Stöcken.

Der Bundesminister Hubertus Heil (SPD) referiert zum Thema „Welchen Beitrag zur europaweiten Armutsbekämpfung leistet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – und

wie geht es danach weiter?“. Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, spricht zu „Visionen der Europäischen Kommission für ein Europa von morgen ohne Armut“. Eine Diskussionsrunde fragt nach europäischen Strategien der Armutsbekämpfung. *str*
Informationen zu Anmeldung und Programm gibt es auf: sovde/unsere-themen/europa.



Foto: Jonathan Stutz / Adobe Stock

SoVD und AWO diskutieren über die Sozialpolitik der EU. Das Ziel, die Armutsgefährdung bis 2020 deutlich zu senken, wurde verfehlt.

Instrument soll Beschäftigung sichern – Höhe bleibt unverändert

Kurzarbeitergeld verlängert

Das Kurzarbeitergeld hat sich bewährt, um die Wirtschaft zu stützen und die Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Die Große Koalition einigte sich darauf, die Zahlung bis Ende 2021 auszuweiten.

Im Koalitionsausschuss einigten sich die Spitzen von SPD und Union Ende August auf neue Beschlüsse. Sie legten fest, das Instrument der Kurzarbeit bis Ende nächsten Jahres zu verlängern. Dies soll für Betriebe gelten, die bis zum 31. Dezember 2020 Kurzarbeit eingeführt haben.

Die Höhe des Kurzarbeitergeldes bleibt dabei unverändert. Der reguläre Satz liegt für Beschäftigte, die maximal die Hälfte ihrer gewohnten Zeit arbeiten, bei 60 und nach vier Monaten bei 70 Prozent. Ab dem siebten Monat gibt es Kurzarbeitergeld in Höhe von 80 Prozent. Für Eltern mit Kindern sind es jeweils 7 Prozent mehr.

Der SoVD begrüßt diese Maßnahme. Denn gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen, die in der Corona-Pandemie besonders belastet sind, ist eine finanzielle Absicherung wichtig. Der Verband hätte sich allerdings gewünscht, dass Beschäftigte mit geringem Ver-



Foto: shock / Adobe Stock

Im produzierenden Gewerbe steht derzeit vieles still. Beschäftigte können jetzt bis Ende 2021 Kurzarbeitergeld beziehen.

dienst eine Aufstockung auf 100 Prozent erfahren. Bis zum 30. Juni 2021 übernimmt die Bundesagentur für Arbeit (BA) zudem die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber.

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) rechnet durch die Verlängerung mit weiteren Kosten von zehn Milliarden Euro.

Bisher gab die Bundesagentur etwa elf Milliarden Euro für die Maßnahme aus. Da ihre Reserven bald aufgebraucht sind, soll Steuergeld zugeschossen werden.

Im August waren noch etwa 4,6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Mai lag die Zahl bei über sieben Millionen. *str*

Der Verein „Pfortenpiloten e.V.“ betreibt Grundlagenarbeit zum Thema Assistenzhunde

Helfer auf vier Pfoten für mehr Freiheit

Assistenzhunde verhelfen Menschen mit Handicap zu mehr Unabhängigkeit, Sicherheit, Mobilität und Teilhabe. Aber in Deutschland sind sie fast unbekannt. Der Bereich Assistenz durch Hunde ist auch strukturell bis auf den Blindenhund völlig unreguliert. „Pfortenpiloten e.V.“ will das ändern und Akzeptanz und Grundlagen schaffen – national und international.

Als Roswitha Warda die gemeinnützige und unabhängige Organisation „Pfortenpiloten“ gründete, war ihr nicht klar, was für eine Mammutarbeit damit auf sie zukommen würde. Während ihres Aufenthalts in den USA hatte sie erlebt, wie gut und wichtig Assistenzhunde für Menschen mit Behinderungen sein können. Zurück in Deutschland ließ sich ihre Tochter zur Blindenführhund-Trainerin ausbilden. Dadurch stellte Roswitha Warda fest, dass in Deutschland selbst grundlegende Strukturen im Assistenzhunde-Bereich fehlen.

Abgesehen von Blindenhunden waren und sind Hunde als Helfer für Menschen mit anderen Handicaps wie zum Beispiel Traumabelastung, Diabetes oder Hörbehinderung weitgehend unbekannt. „Wir haben eine Ausstellung aufgebaut mit Aktion Mensch. Von zehn Leuten, die reinkommen, wissen acht davon nichts“, resümiert Roswitha Warda.

Wer einen Assistenzhund möchte, muss selbst dafür zahlen und bei der „Anschaffung“ auf Glück hoffen: Die Ausbildung der Hunde und ihrer Ausbilder*innen ist nicht geregelt, es gibt keine einheitlichen Qualitätsnormen. Selbst die Kenndecken und Abzeichen der Assistenzhunde sind oft Marke Eigenbau.

Die „Pfortenpiloten“-Gründerin sagt dazu: „Gerade im Assistenzhundebereich, wo die Leute keine Förderung haben, wo sie extreme Entbehrungen auf sich nehmen, um so ein Tier zu bekommen, darf es nicht sein, dass man sich auf sein Bauchgefühl verlassen muss, weil es keine Strukturen gibt.“

In vielen anderen europäischen Ländern sieht es auch nicht viel besser aus als in Deutschland, während etwa Großbritannien schon seit Jahren viel besser aufgestellt ist. Roswitha Warda weiß: „Der englischsprachige Raum ist uns um 20 Jahre voraus.“

Angesichts der geringen Zahl von Assistenzhunden in Deutschland (geschätzt 500 bis 1.000) und im gesamten Europa war Roswitha Warda klar, dass von staatlicher Seite kein dringender Handlungsbedarf besteht. Daher beschloss sie tatkräftig, die Sache selbst anzugehen, indem sie „Pfortenpiloten e.V.“ gründete.

„Pfortenpiloten“ arbeitet mithilfe von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, Mitgliedern und Unterstützer*innen seit fünf Jahren an vielen Baustellen:

• Die Öffentlichkeit soll über das Thema Assistenzhunde aufgeklärt werden, mit der Kampagne „Assistenzhund willkommen“ (die noch bis 2021 läuft) können Geschäfte und Einrichtungen mit Aufklebern signalisieren, dass Assistenzhunden der Zutritt erlaubt ist. Die Angst von Geschäftsinhaber*innen und Kund*innen, dass die Anwesenheit eines Assistenzhundes unhygienisch ist, kann „Pfortenpiloten“ mit Schreiben qualifizierter Expert*innen entkräften: Ein gut ausgebildeter Assistenzhund sei nicht unhygienischer als ein Mensch in Straßenkleidung.

• Auf europäischer Ebene sollen Qualitätsrichtlinien für die Ausbildung erstellt werden, die die „Stiftung Assistenzhund“ will Assistenzhundeteams zertifizieren. Damit soll eine transparente, einfache und unabhängige Bewertungsstelle geschaffen werden, die allen mehr Sicherheit gibt. An den technischen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine Video-Evaluierung wird bereits gearbeitet.

• Von „Pfortenpiloten“ anerkannte Teams sollen in Zukunft von einer Telefon-Hotline unterstützt und gezielt gefördert werden.

• Der Verein bemüht sich außerdem um wissenschaftliche Studien, um zum Beispiel die positiven Auswirkungen von Assistenzhunden nachzuweisen.

• „Pfortenpiloten“ baut nationale und internationale Partnerschaften für das Konzept



Foto: Aktion Mensch

Assistenzhündin Rieke ist Herrchen Jens Schmidt eine große Hilfe im Alltag. Hier reicht sie ihm seine Mütze.

Assistenzhund auf. Denn auf nationaler Ebene ist die Zahl der Betroffenen zu klein, um Gewicht zu erhalten.

• Auch politisch bringt sich „Pfortenpiloten“ ein: Im Oktober 2019 wurden erste Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum geplanten Assistenzhundegesetz geführt, das unter anderem die Rechte von Assistenzhunden und -Halter*innen regeln soll. Leider hat seit dem Frühjahr Corona alle anderen Themen in die Warteschleife geschoben. Roswitha Warda befürchtet, dass es in dieser Legislaturperiode vielleicht nicht mehr klappen könnte mit dem Gesetz.

Finanziert werden die „Pfortenpiloten“ und ihre Projekte unter anderem durch das BMAS, Lotterien, Mitgliedsbeiträge, Förderer und Spenden.

Die Aufgaben, die sich der Verein gestellt hat, sind immens und langwierig. Daher hofft Initiatorin und Gründerin Roswitha Warda für die Zukunft auf eine dauerhafte Unterstützung durch Sozialträger und auf Spenden. *Brigitte Grahl*



Foto: SPD-Fraktion

**Roswitha Warda
Gründerin**



Allianz für Assistenzhunde – Pfortenpiloten e.V., % PIER F – Zukunftshafen, Franziusstraße 8-14, 60314 Frankfurt, Tel.: 069/15 32 01 60, E-Mail: kommunikation@pfortenpiloten.org; Internet: <https://www.pfortenpiloten.org>. Spenden per (Online-)Überweisung an: Pfortenpiloten, IBAN: DE05700222000020090502, oder fünf Euro per SMS an: 81 190, Text: „Pfortenpiloten“.



Foto, Grafik und Logos: Pfortenpiloten

Die DogMap zeigt auf dem Stadtplan Orte auf, an denen (nicht nur) Assistenzhunde erlaubt sind, hier zum Beispiel in Berlin.



Foto: mamy

Kenndecken müssen die Halter*innen selbst basteln.



Foto: Sabrina Parczany

Dank Zutrittskampagne darf Sabrina Parczany Epilepsiehündin June trotz allgemeinen Hundeverbots mit ins Gebäude nehmen.

Anerkennung für Belastung im Lockdown

Corona-Kinderbonus seit September ausgezahlt

Im Corona-Konjunkturpaket beschloss die Regierung einen Bonus für Familien von 300 Euro pro Kind. Seit September kommt das Geld bei den Menschen an. Der SoVD hatte sich dafür eingesetzt, dass die Zahlung nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird.



Foto: Rafael Ben-Ari / Adobe Stock

Der Lockdown war für Familien nicht leicht. Im September begann die Auszahlung des Bonus' von 300 Euro pro Kind.

Familien gehören zweifelsohne zu den Gruppen, die am meisten unter den Schließungen und Einschränkungen gelitten haben. Von zu Hause zu arbeiten und zugleich Kinder zu betreuen, die nicht in Schule oder Kindergarten gehen können, war für viele Familien eine ungewohnte Situation und große Belastung. Für sie gibt es jetzt eine einmalige Sonderzahlung von 300 Euro pro Kind. Der Kinderbonus wird für jedes Kind gezahlt, für das im Jahr 2020 mindestens in einem Monat Anspruch auf Kindergeld besteht oder bestand, beispielsweise für Kinder, die erst im Dezember geboren werden oder nur bis Juli Anspruch auf Kindergeld hatten. Im September begann die Auszahlung mit einer ersten Tranche von 200 Euro, weitere 100 Euro folgen im Oktober. Der Bonus wird mit dem Kinderfreibetrag bei der Steuererklärung verrechnet. Für Alleinerziehende gilt zudem für die Jahre 2020 und 2021 ein erhöhter Entlastungsbeitrag von 4.000 statt aktuell 1.908 Euro.

Es war ein Anliegen des SoVD, dass Beziehende von Grundsicherung den Bonus in voller Höhe bekommen und er nicht auf Hartz IV angerechnet wird. Der Verband kritisiert weiterhin, dass es für Menschen mit niedrigem Einkommen, die häufig in kleinen Wohnungen leben und einen größeren Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben, keine spezielle Unterstützungsleistung gab.

Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen ab Oktober einen höheren Anteil

Mehr Zuschuss zum Zahnersatz

Wer einen Zahnersatz benötigt, muss sich auf eine hohe Rechnung einstellen. Die Krankenkassen übernehmen bisher die Hälfte des Regelsatzes. Seit Oktober dieses Jahres ist der Zuschuss um 10 Prozent auf 60 Prozent gestiegen. Wer jährlich zum Zahnarzt geht und das mit einem Bonusheft nachweist, kann sogar bis zu 75 Prozent erstattet bekommen.

Zahnersatz ist eine teure Angelegenheit. Nicht selten liegen die Kosten für eine Krone, eine Brücke, ein Implantat oder eine Prothese im vierstelligen Bereich und entsprechen damit dem Gegenwert einer Urlaubsreise. Damit sich auch Normalverdiener*innen einen Zahnersatz leisten können, übernehmen die Krankenkassen den Festzuschuss. Der orientiert sich an den Kosten der Regelversorgung und betrug bisher 50 Prozent. Dank des 2019 beschlossenen „Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung“ steigt der Zuschuss jetzt auf 60 Prozent.

Die Regelversorgung ist die kostengünstigste Variante für die Patient*innen. Alle Leistungen, die nicht dazu gehören, wie zum Beispiel eine Keramikvollverblendung oder eine Goldlegierung, müssen Versicherte komplett aus eigener Tasche bezahlen. Den Zuschuss zu den Basisleistungen der Regelversorgung gibt es natürlich trotzdem.

Regelmäßiger Besuch der Zahnarztpraxis lohnt sich

Wer regelmäßig mindestens einmal im Jahr zum Zahnarzt*ärztin geht und dies durch ein Bonusheft nachweisen kann, bei dem*der steigt der Zuschuss sogar auf 70 Prozent (fünf Jahre lückenloser Nachweis) bis 75 Prozent (zehn Jahre lückenloser Nachweis).



Foto: focusandblur / Adobe Stock

Ein Zahnersatz ist teuer. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen aber jetzt mehr als die Hälfte der Regelversorgungskosten.

Hat man in den letzten zehn Jahren einmal die zahnärztliche Untersuchung vergessen, gibt es seit Oktober trotzdem 75 Prozent, wenn die Person die letzten fünf Jahre vor der Behandlung lückenlos nachweisen kann.

Für Geringverdienende gibt es eine Härtefallregelung

Empfänger*innen von Sozialleistungen (ALG II, Hartz IV, BAföG, Grundsicherung, Kriegsopferfürsorge) oder Menschen mit einem geringen Einkommen bis 1.274 Euro monatlich bzw. mit einem*r Angehörigen 1.751,75 Euro (für jede*n weitere*n Angehörige*n kommen 318,50 Euro dazu) bekommen 100 Prozent erstattet.

Aber auch Menschen, deren

Einkommen nur wenig darüber liegt, können dank der „gleitenden Härtefallregelung“ einen höheren Zuschuss erhalten.

Grundlage ist immer ein Heil- und Kostenplan

Vor Beginn der Behandlung wird ein Heil- und Kostenplan aufgestellt. Darin sind die Leistungen detailliert aufgelistet, darunter auch der Eigenanteil. Dazu muss auch das Bonusheft und eventuell der Härtefallantrag eingereicht werden. Wer im Voraus wissen will, wie hoch die eigenen Kosten sind, kann das auch im Internet mithilfe von Zahnersatz- oder Festzuschussrechnern ermitteln. Verbindlich sind aber nur die Angaben, welche die Krankenkasse in ihrer Zusage abgibt. *bg*

SoVD im Gespräch



SoVD-Präsident Adolf Bauer und Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), trafen sich zu einem sozialpolitischen Austausch. Themen waren der Bericht der BDA-Kommission, der Bereich „Pflege“ und die Neubestimmung der Hartz-IV-Regelsätze. In allen Themenfeldern bestand Einigkeit hinsichtlich der jeweiligen Einschätzungen.

Austausch zwischen DGB und SoVD

Zu einem Austausch über aktuelle sozialpolitische Fragestellungen kamen SoVD-Präsident Adolf Bauer und Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), zusammen. Das Gespräch, an dem auch die persönliche Referentin des SoVD-Präsidenten, Stefanie Lausch, teilnahm, diente überdies der Festigung der bisherigen, guten Zusammenarbeit in neuer Position. Anja Piel folgte im März 2020 Annelie Buntenbach im DGB-Bundesvorstand nach.

Diskutiert wurde der Bericht

der BDA-Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“. Die BDA ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der DGB hat bereits eine Stellungnahme zum Schwerpunkt „Verlängerte Lebensarbeitszeit“ abgegeben. Auch in der Kritik weiterer Punkte bestand Einigkeit. Aus Sicht von DGB und SoVD macht der Bericht den Eindruck, dass die Covid-19-Pandemie als Vehikel für altbekannte Forderungen der Arbeitgeberseite genutzt wurde.

Zum Thema „Pflege“ berichtete Anja Piel von einem Termin mit Bundesminister Jens Spahn. Derzeit prüfe das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit Modellrechnungen, wie die Pflegeprämie umgesetzt werden kann.

In der Koalition sei bereits ein Konsens darüber erzielt worden, dass bis zu 1.500 Euro steuerfrei gewährt werden. Der DGB habe deutlich gemacht, dass die annoncierte Prämie unbedingt und zeitnah umgesetzt werden muss.

Hinsichtlich der Grundsicherung/Mindestsicherung sind sich SoVD und DGB einig, dass eine Neubestimmung der Regelsätze erhebliche Verbesserungen für Leistungsbeziehende mit sich bringen muss. Insbesondere sogenannte Weißgeräte müssten wieder mittels Einmalzahlung finanziert werden. Man ist gespannt, welchen Einfluss die aktuellen Zahlen zur Preis- und Lohnentwicklung auf die bisherige Bemessungsgrundlage haben werden. SoVD und DGB werden sich diesbezüglich kritisch einbringen.

SoVD-Seminar „Europäische Sozialpolitik“: Strukturen, Zuständigkeiten und Verbandsarbeit gegenüber der EU Soziale Themen in Brüssel voranbringen

Der SoVD tritt für ein soziales Europa ein. Das tut er auch vor Ort in Brüssel, am Sitz des EU-Parlaments: über ein gemeinsames Büro mit AWO, ASB und Volkshilfe Österreich. 30 Prozent aller nationalen Regelungen gehen bereits von EU-Ebene aus – und vieles lässt sich nur europäisch lösen. Da das immer wichtiger wird, bot der Bundesverband in Berlin am 7. September ein Seminar „Europäische Sozialpolitik“ an.

Dieses richtete sich an Haupt- wie Ehrenamt des SoVD. Neben viel Information gab es auch Raum für Diskussionen und Fragen wie: Braucht die EU mehr Sozialpolitik oder weniger?

Technisch etabliert die Pandemie neue Wege. So fand das Seminar als „Hybrid“ aus Präsenz- und Online-Veranstaltung

statt. Die meisten nahmen unter Beachtung der Hygienevorschriften vor Ort teil, während Dr. Horst Cramer und Daniel Kreutz aus NRW per Videokonferenz digital dabei und auf der Leinwand eingeblendet waren.

Zugeschaltet wurde auch Florian Schierle vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Euro-pabeauftragter und Referatsleiter „Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik“. Er erklärte Schwerpunkte der Bundesregierung in der EU-Sozialpolitik: Mindeststandards, Weiterbildung und gute Arbeitsbedingungen –

von den nationalen Löhnen bis zu den Sicherungssystemen.

Vortragende aus dem SoVD waren Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, der Brüsseler Büroleiter Alexander Friedrich und Anna John, sozialpolitische Referentin im Bundesverband.

Europäische Sozialpolitik hat Möglichkeiten und Grenzen

Detailreich beleuchteten sie Aufbau und Funktion der EU, sozialpolitische Möglichkeiten und Grenzen, die Lobbyarbeit in Brüssel, aktuelle Themen und Entwicklungen sowie Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Diese hat der SoVD im Forderungspapier „Für ein



Vortragende und Teilnehmende aus dem ganzen Verband in Berlin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Dr. Simone Real, Peter Deutschland, Basia Braun, Alexander Friedrich, Anna John, Denis Peikert, Klaus Michaelis, Ernst-Detlev Schulte, Bettina Nowaczyk und Monika Paulat.



Debatte unter Corona-Bedingungen: Im Saal hielt man Abstand, zugeschaltet und auf der Leinwand zu sehen waren Dr. Horst Cramer und Daniel Kreutz (SPA des SoVD NRW) sowie Florian Schierle (BMAS).

Europa mit Zukunft“ veröffentlicht. Denn bis Jahresende sitzt Deutschland dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) vor – ein wichtiger Anlass, auf die Sozialpolitik Einfluss zu nehmen.

Da der Rat in zehn Zusammen-setzungen mit den für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister*innen der Länder tagt, ist eine Formation für soziale Themen besonders wichtig: EPSCO, der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Vizepräsidentin Prof. Engelen-Kefer erklärte die Positionen, die der SoVD dort vertritt, etwa zu einer Armutsstrategie, Maßnah-

men für bezahlbares Wohnen, für Gleichstellung, Inklusion und die Versorgung Pflegebedürftiger.

Deutlich wurde: EU-Sozialpolitik ist möglich, aber durch das Subsidiaritätsprinzip rechtlich begrenzt. Nationale Politik steu-

ern kann die EU mit Geld. Gesprochen wurde daher auch über Förderprogram-

me, Fonds und Folgen der Corona-Krise. Hoffnung gebe es vor allem beim Thema Mindestlöhne.

Auch jenseits der Ratspräsidentschaft bringt der SoVD sich ein – etwa mit Papieren, Stellungnahmen oder im Austausch mit EU-Abgeordneten, von dem Alexander Friedrich berichtete.

Eva Lebenheim

SoVD-Bilanz: große Belastung für Pflegende, Heimbewohnende und Familien

Wie sich die Krise auswirkt

Die Ausbreitung des Coronavirus hat Politik und Gesellschaft herausgefordert. Mit etwas Abstand lassen sich jetzt die Folgen der Maßnahmen abschätzen. Aus der Bilanz des SoVD geht hervor, dass viele zuvor schon benachteiligte Gruppen in der Pandemie vor großen Problemen standen und stehen.

In der Covid-19-Pandemie zeigt sich die Belastungsfähigkeit der sozialen Systeme des Landes. Der SoVD hat analysiert, wie sich die politischen Maßnahmen auf die Betroffenen auswirken und wo Handlungsbedarf sichtbar wird. In die Einschätzung flossen die Erfahrungen von SoVD-Mitgliedern ein.

Zu Beginn der Krise war die Versorgung mit Schutz wie Masken oder Desinfektionsmitteln schwierig. Während Institutionen schnell Unterstützung erhielten, standen Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen alleine da. Für die betroffenen Menschen und ihre Familien brachen mit der Covid-19-Pandemie zahlreiche ambulante Unterstützungsstrukturen und

Hilfen weg. Der SoVD regt an, Strukturen zu schaffen, die im Notfall unterstützen und auch finanziell entlasten. Bis heute hat die Politik auf diese außerordentliche Belastung für Familien kaum reagiert.

Auch der Arbeitsmarkt hat sich in Zeiten von Corona erheblich gewandelt. Leidtragende davon sind auch Arbeitnehmer*innen mit Behinderung. Bei ihnen stieg die Arbeitslosenzahl von März bis Juni um fast 20.000. Der SoVD befürchtet Rückschritte bei der Teilhabe und appelliert dringend, dass aus den Investitionen ein „Ruck für Teilhabe“ wird. Dazu gehört es, Unternehmen Unterstützung und Anreize zu geben, zugleich aber auch solche zu sanktio-

nieren, die ihrer gesetzlichen Pflicht nicht nachkommen. Auch in anderen Bereichen, wie Verkehr oder Verwaltung, ließen sich durch sinnvoll eingesetztes Geld Barrieren abbauen.

Mit den Schulschließungen wurde deutlich, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien leicht den Anschluss verlieren können. Der SoVD verlangt, dass für diese und Menschen mit Behinderungen entsprechende Lösungen gefunden werden.

In der Krise ist außerdem die systemrelevante Arbeit von Frauen – ob zu Hause oder im Beruf – sichtbar geworden. Hier fehlt es an (nicht nur finanzieller) Anerkennung.

Die Corona-Bilanz finden Sie auf www.sovd.de/corona.

Neuer Kampagnen-Newsletter vor erstem Versand

Gut informiert zu sozialer Kälte

In regelmäßigen Abständen berichtet zukünftig auch ein neuer E-Mail-Newsletter zu Themen, Aktionen, Vorlagen und kreativen Ideen zur SoVD-Kampagne gegen soziale Kälte.

„Was bedeutet eigentlich soziale Kälte? Was unternimmt der SoVD in den einzelnen Bereichen dagegen und wie kann ich mich vor Ort kreativ gegen soziale Missstände engagieren?“ – In vielen Kampagnen-Materialien und Artikeln konnte der Verband bereits auf diese und weitere Fragen eingehen. Auch in einem weiteren Medium, dem digitalen Newsletter zur Kampagne, wird nun in regelmäßigen Abständen über diese Themen und aktuelle Entwicklungen zum gemeinsamen Engagement gegen soziale Kälte informiert.

Die Anmeldung ist offen und kostenfrei. Den Link zur Anmeldung finden Sie auf der Kampagnenseite unter www.sozialekaelte.de. Der erste Versand erfolgt bereits in Kürze.



Foto: Manfred Hermann / Adobe Stock
Das Motiv der SoVD-Kampagne.

NW Nordrhein-Westfalen

SH Schleswig-Holstein

Bornhalm ist neuer Vorsitzender

Alfred Bornhalm ist neuer Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Auf einer Landesverbandstagung des SoVD Schleswig-Holstein wurde der bisherige Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Jutta Kühl an, die den Vorsitz des mit 162.000 Mitgliedern größten Einzelverbandes des Landes aus persönlichen Gründen abgegeben hat.

Zu Stellvertreter*innen des Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Hans-Otto-Umlandt (Kreisverband Dithmarschen), Petra Lenius-Hemstedt (Kreisverband Nordfriesland) sowie Kirsten Grundmann (Kreisverband Segeberg). Im Anschluss an seine Wahl bedankte sich Alfred Bornhalm für das Vertrauen der Delegierten und betonte, gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit seinen Vorstandskolleg*innen den SoVD in Schleswig-Holstein im Sinne seiner traditionellen Werte der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit zu führen und auf dieser Basis eine erfolgreiche Zukunft der „größten Familie des Nordens“ gestalten zu wollen.

Massive soziale Einschnitte in den letzten Jahren

In sozialpolitischer Hinsicht mahnte Bornhalm dringlich Lösungen an. Es sei skandalös, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehe: „Kinderarmut und Altersarmut dürfen in einem modernen Sozialstaat und in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt nicht sein. Und dass in der Pflege von den älteren Menschen der letzte Cent gefordert wird, während Gewinne in private Kanäle oder an die Börse gehen, ist eine Schande“, so der neue Landesvorsitzende.

Zu seinen verbandspolitischen Schwerpunkten sagte er: „Wir werden uns auch weiterhin unverkennbar als Anwalt an der Seite sozial benachteiligter Menschen etablieren. Die massiven sozialen Einschnitte in den letzten Jahren verpflichten uns nicht nur zu einer guten und qualifizierten Beratungsarbeit für unsere Mitglieder, zugleich sollte unser Engagement als Lobbyarbeit für Menschen, die sich gesellschaftlich zu Recht auf der Verliererseite fühlen, noch stärker öffentlich wahrnehmbar werden.“

Auseinandriften von Arm und Reich verstärkt durch Corona

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer ging in seinem Redebeitrag auf das Auseinanderdriften von Arm und Reich ein, das sich angesichts der Corona-Pandemie wieder verschärfe.

Hintergrund seiner Ausführungen war unter anderem ein



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther eingerahmt vom neuen Vorsitzenden des SoVD-Landesverbandes-Schleswig-Holstein, Alfred Bornhalm (li.), und dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer (re.).

aktuelles Gutachten der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eingesetzten Kommission „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen“.

Die Arbeit der Kommission fuße auf der politischen Zielsetzung, die Sozialabgaben bei insgesamt unter 40 Prozent zu halten, erklärte Bauer. Die bewährten Sozialversicherungssysteme müssten jedoch finanziell stets so ausgestaltet sein, dass sie ihre Aufgaben auch verlässlich erfüllten. Eine Festlegung eines Gesamthöchstbeitrages in Höhe von 40 Prozent sei vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll.

Auch weitere im Gutachten unterbreitete Vorschläge seien sozial nicht gerecht und blendeten die zunehmende Angst der Menschen vor sozialer Spaltung aus. „Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen unterstreichen die klare Notwendigkeit, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken. Sie dürfen nicht weiter geschwächt werden, wie dies die Vorschläge der Kommission beabsichtigen“, sagte Bauer.

Ministerpräsident Daniel Günther war Ehrengast

Ehrengast der Landesverbandstagung war Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).

In seinem Grußwort dankte Günther den Mitgliedern des Sozialverbandes für die Solidarität, die der Verband vorlebe: „Nicht

nur in Krisenzeiten stärken Sie unsere Gemeinschaft, indem Sie Ihren Mitmenschen die Hand reichen und für eine gerechte Gesellschaft eintreten.“ Außerdem bedankte sich der Ministerpräsident für das wichtige Engagement des im Juli verstorbenen langjährigen Landesvorsitzenden Sven Picker: „Mit seinem Einsatz hat er dem Sozialverband in Schleswig-Holstein zu der starken Stimme verholfen, mit der der Verband für soziale Gerechtigkeit wirbt.“

Neue Mitglieder im neuen Landesvorstand

Dem neuen Geschäftsführenden Landesvorstand gehören – neben dem Vorsitzenden Alfred Bornhalm und seinen Stellvertreter*innen Hans-Otto-Umlandt, Petra Lenius-Hemstedt und Kirsten Grundmann – als Landesschatzmeister auch Hermann Weber (Kreisverband Nordfriesland), als Landschriftführerin Renate Eggers (Kreisverband Dithmarschen), als Landesfrauensprecherin Gudrun Karp (Kreisverband Plön), als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses Prof. Ingo Heberlein (Kreisverband Ostholstein) sowie als Vorsitzender des Organisationsausschusses Uwe-Dieter May (Kreisverband Schleswig-Flensburg) an. Ausgeschieden sind der ehemalige Schatzmeister Hans Christian Albertsen (Kreisverband Nordfriesland) und die langjährige Schriftführerin Astrid Kosiolek (Kreisverband Herzogtum Lauenburg).



Foto: Volksinitiative

Demo vor dem Landtag für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung: Für den SoVD NRW sprach Dr. Michael Spörke (2. v. li.), Abteilungsleiter Sozialpolitik und Kommunales, mit Abgeordneten.

Neue Volksinitiative

Der SoVD NRW startete mit ver.di NRW und anderen Verbänden und Organisationen die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“. Die Demonstration am 26. August in Düsseldorf war nur der Auftakt. Nun geht es ans Unterschriftensammeln.

Vor dem Landtag trugen Vertretende der Volksinitiative ihre Forderungen direkt an Abgeordnete heran: mehr Personal in Kliniken und im ganzen Gesundheitswesen, Erhalt von Krankenhäusern, eine gesetzliche Personalbemessung und menschenwürdige Gesundheitsversorgung in den Städten und Regionen.

Die Versorgung müsse wohnortnah und barrierefrei sein und sich an den Bedürfnissen der Patient*innen orientieren, nicht an Profiten. Zudem solle das Land NRW die Investitionskosten refinanzieren und sich für eine Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) einsetzen. Damit sich der Landtag mit diesen Themen befasst, sind 66.000 Unterschriften nötig. Diese will der SoVD NRW sammeln helfen. Listen und Infos gibt es auf: www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de.

Studie bestätigt soziale Dimension des Klimaschutzes

Sozial-ökologische Wende

Der reichste Teil der Weltbevölkerung verursacht doppelt so viele Kohlendioxid-Emissionen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Entwicklungsorganisation Oxfam jetzt vor der beginnenden Generaldebatte der 75. UN-Vollversammlung in New York veröffentlichte.

Die Studie konzentriert sich auf die klimapolitisch wichtigen Jahre von 1990 bis 2015, in denen sich die Emissionen weltweit verdoppelt haben. Die reichsten zehn Prozent (630 Millionen Menschen) seien hier für mehr als die Hälfte (52 Prozent) des CO₂-Ausstoßes verantwortlich gewesen, heißt es. Demnach verbrauchte das reichste Prozent (63 Millionen) allein 15 Prozent, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur sieben Prozent. So zahlten für den Konsumrausch einer reichen Minderheit die Ärmsten den Preis – in einer Zeit, in der die katastrophalen Folgen der Klimakrise schon vielerorts spürbar seien.

In Deutschland sind im untersuchten Zeitraum laut Oxfam die reichsten zehn Prozent bzw. 8,3 Millionen Menschen für 26 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die mit 41,5 Millionen Menschen fünfmal größere ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung habe mit 29 Prozent nur etwas mehr verbraucht. Oxfam fordert, den CO₂-Verbrauch Wohlhabender einzuschränken, mehr in öffentliche Infrastruktur zu investieren und die Wirtschaft klimagerecht umzubauen.

Gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden hat sich der SoVD ebenfalls bereits vor einem knappen Jahr mit Nachdruck dafür ausgesprochen, die soziale Dimension des Klimaschutzes konsequent mitzudenken und eine sozial-ökologische Wende anzustreben. Andernfalls könne die Mammutaufgabe Klimaschutz nicht gelingen, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer. In einer Erklärung formulierten die Verbände als „Sozialplattform Klimaschutz“ Forderungen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Wohnen, Energie und Mobilität.

Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen stehen vor besonderen Herausforderungen

Mit Handicap studieren in Zeiten von Corona

Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie sind weiter spürbar. Auch Studierende gehen ins nächste Online-Wintersemester mit gemischten Gefühlen. Einige Universitäten bleiben im vollen Online-Modus, einige bieten hybride Formen von Online- und Präsenzveranstaltungen an. Besonders Studierende mit Handicap stellt dies vor Herausforderungen. Drei von ihnen berichten von ihren Erfahrungen.

Jan Marwan studiert Italienisch sowie im Zweitfach slawische Sprachen und Literaturen an der Humboldt-Universität Berlin. Vor einigen Jahren ist er aufgrund einer schweren Erkrankung vollständig erblindet: „Mein Zweitstudium ist für mich ein Neuanfang gewesen, um trotz der Erblindung doch aus meinem Leben etwas machen zu können“, erklärt der Student. Obwohl der angehende Sprachwissenschaftler ohne Assistenzhilfe auskommt, stelle die Corona-Krise neue Herausforderungen für Studierende mit Behinderung dar: „In den ersten drei Semestern konnte ich bei technischen Problemen an meinem Mac die IT-Fachleute an der Humboldt-Universität bei uns am Institut noch persönlich aufsuchen. Seit April ist das nicht mehr möglich. Insofern bin ich seither auf mich alleine angewiesen“, berichtet Marwan.

Dirketer Kontakt zu den Kommiliton*innen fehlt

Trotz der außergewöhnlichen Situation komme er mit den Umständen ganz gut zurecht. Im abgeschlossenen Sommersemester konnte er sogar mehr Stoff abarbeiten und neben dem laufenden Curriculum an zwei Hausarbeiten schreiben. „Das lag aber auch daran, dass wir in der Phase zu Hause bleiben mussten. So hat man zwangsläufig mehr Zeit zur Verfügung“, erklärt der Berliner Student. Marwan fehlten aber besonders der Umgang und das gemeinsame Lernen mit anderen Studierenden: „Durch die Corona-Krise hat man den sonst gewohnten, ständigen Kontakt zu den anderen verloren. Das sehe ich schon als großen Nachteil an.“

Die Gesellschaft hinkt der Technologie noch hinterher

Anders als bei Sehenden, die lediglich Tastatur und Maus zur Bedienung des Computers benötigen, müssen Sehbehinderte dagegen auch den Cursor der Sprachsteuerung für die Handhabung mitbeachten. „Zusätzlich gibt es noch den sogenannten Voiceovercursor“, erklärt Marwan. Das System funktioniert aber nur, wenn dieser den anderen Cursors immer folgt und alle drei sich elektronisch auf einem Punkt treffen. Erst dann wird über die Sprachsteuerung das erfasst, was Sehende visualisieren. „Nur dann können wir wirklich von Barrierefreiheit sprechen. Das funktioniert im digitalen Bereich an der Humboldt-Universität ganz gut und ich habe auch den Eindruck, dass die IT für Blinde mitdenkt.“

Anders hingegen sei dies beispielsweise in der Buchhandlung oder im stationären Einzelhandel. „Wenn ich hier nach einem über die Sprachausgabe lesbaren E-Book für Blinde frage, bekommt man nicht immer eine zufriedenstellende Antwort“, so der Student, der ergänzt, dass im Zuge der Digitalisierung den Sehbehinderten eine Technologie in die Hand gegeben worden sei, mit der Blinde und Sehende nahezu ohne Barrieren miteinander kommunizieren könnten. Allerdings müssten auch die Gesellschaft und Institutionen mitspielen, die noch der Entwicklung hinterherhinken, so Marwan. „Man wird begreifen lernen, dass Hören für einen Blinden nicht gleich Hören ist. Es macht einfach einen Unterschied aus, ob ich eine Audio-Datei höre oder ob ich den äquivalenten Text als pdf-Datei vorliegen habe, anhand der ich

durch die Navigation durch die einzelnen Zeilen das erfassen kann, was auch ein Sehender liest.“ Schon vor der Corona-Krise war das Abstellen von Lehrinhalten in Form von pdf-Artikeln auf Online-Plattformen der deutschen Universitäten Standard. „Ist die pdf-Datei allerdings so aufbereitet, dass die Linearität des Textes in der Sprachsteuerung nicht gegeben ist, hat der Blinde schlechte Karten.“

Klausuren sollten auch online möglich sein

Annabel Breuer, die seit einem Autounfall in ihrer Kindheit querschnittgelähmt ist, absolviert derzeit ihr Masterstudium an der hessischen Justus-Liebig-Universität in Gießen. Die Rollstuhlbasketballerin des RSV Lahn-Dill, die bei den Sommer-Paralympics in London im Jahr 2012 mit der Mannschaft die Goldmedaille gewann, fand das letzte Sommersemester „sehr komisch“, wie sie erzählt: „Die Online-Seminare waren viel anonym als die Präsenzveranstaltungen im Normalbetrieb, weil wir für die bessere Qualität der Übertragung die Kamerafunktion im Online-Seminar ausgeschaltet haben.“ Auf diese Weise konnte sie ihre Kommiliton*innen nur hören, aber nicht sehen. Ein großer Nachteil sei auch, dass man bei der Online-Lehre zu sehr auf die Internetverbindung angewiesen ist: „Bei einem Vortrag von mir ist das Internet ausgefallen. Das war sehr ärgerlich.“ Studierende, die keinen Zugang zum Internet haben, hätten das Nachsehen.

Die Unterstützung für Behinderte sei durch die Pandemie in Hessen nicht weniger, aber auch nicht mehr geworden, so Breuer. Einige Dozent*innen hätten am Ende des Sommersemesters noch eine Präsenzstunde durchgeführt, die sie allerdings nicht besuchen konnte: „Durch meine Zugehörigkeit zur sogenannten ‚Risikogruppe‘ habe ich diese absagen müssen. Dies wurde mir aber nicht negtiv ausgelegt, wovon ich sehr froh war.“ Kritisch sah sie allerdings die Tatsache, dass zwei ihrer Klausuren zum Semesterabschluss als Präsenzveranstaltung durchgeführt wurden. Dies sieht das hessische Hochschulgesetz vor. „Es wurden zwar die Hygienemaßnahmen eingehalten, aber dennoch ist es für eine Person mit Behinderung ein erhöhtes Risiko, mit 200 Studierenden zusammen in einer Turnhalle zu sein. Ich würde mir wünschen, dass es im Winterse-



Foto: Oliver Vogler / Leica Akademie

Annabel Breuer studiert an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie vermisst die Präsenzveranstaltungen.

mester auch die Möglichkeit gibt, Klausuren online zu schreiben.“

Wie viele Leistungssportler*innen arrangiert sich Annabel Breuer derzeit mit der Pandemie. Derzeit könne sie ihren Sport aber nicht so ausführen, wie sie es gerne wollte: „Ich persönlich würde mich sicherer fühlen, wenn es ein Heilmittel für das Virus gäbe. Solange bin ich noch sehr vorsichtig und bin mir auch noch nicht sicher, ob die Paralympics nächstes Jahr realisierbar sind.“ Diese Ungewissheit sei natürlich ärgerlich, so die Studentin, „aber wir werden auf jeden Fall weiter trainieren.“

Organisatorische Chaos unbedingt vermeiden

Eine ganz andere Situation stellt sich derzeit an der Universität Siegen dar. Sarah Dehn, die sich auch im Landesverband der SoVD-Jugend in Nordrhein-Westfalen engagiert und dort für den Studiengang „Pädagogik: Entwicklung und Inklusion“ eingeschrieben ist, verzweifelt gerade ein wenig an der Organisation der Lehre während der Corona-Krise. Sie weiß nicht, wie sie ihr Studium in der gegenwärtigen Praxisphase weiter gestalten soll. Der Semesterstart, der eigentlich am 1. Oktober sein sollte, wurde bereits auf den 1. November verschoben. Zudem bietet die Universität Siegen nach Dehns Angaben ein hybrides System von Online- und Präsenzlehre an. Dieses Angebot kann die Asthmatikerin aber nur

zum Teil wahrnehmen: „Da ich erhöhtes Erkrankungsrisiko habe, darf ich die Universität nicht betreten und somit kann ich an der Präsenzlehre nicht teilnehmen.“ Dozent*innen, die Präsenzveranstaltungen halten, sind jedoch verpflichtet, eine Ersatzleistung anzubieten. „Das ist mit den Lehrenden auch so kommuniziert worden, auch wenn die Umsetzung für einige immer noch schwierig erscheint. Trotzdem wird vieles möglich gemacht. Es gibt immer eine Lösung – für uns Studierende ist das Ganze nur etwas chaotisch und unübersichtlich.“ Die Siegener Studentin beklagt außerdem, dass die Universitätsleitung zunächst nur mit den Dozent*innen kommunizierte. Hätte man die Studierenden von Anfang an richtig informiert, wäre so manche Panikreaktion ausgeblieben, meint Dehn.

Zugang zu Angeboten der Bildung ermöglichen

Der SoVD fordert deshalb weiterhin, dass es keine Benachteiligung beim Zugang zu Bildungsangeboten zulasten behinderter oder chronisch kranker Menschen geben darf. Die Corona-Krise hat diese Gefahren deutlich gemacht. Im Lockdown wurden Defizite sichtbar. Die Umsetzung der Barrierefreiheit muss daher rechtlich verbindlich sein, überwacht und begleitet werden. Gefordert sind hierbei öffentliche Träger genauso wie private Anbieter. *Christian Müller*



Foto: Dob's Farm / Adobe Stock

Studierende mit Behinderung nehmen während der Corona-Pandemie auch an der Online-Lehre der Universitäten teil.

SoVD erstreitet Kosten für präventive Brust-OP

Gerda Köller hatte infolge einer seltenen Krankheit mehr als 70 Tumoren in den Brüsten. Diese waren zwar gutartig, dennoch bestand ein erhöhtes Brustkrebsrisiko. Auf ärztlichen Rat wollte die 44-Jährige sich deshalb beide Brüste entfernen lassen. Doch die AOK weigerte sich, die Kosten für die Operation zu übernehmen. Mithilfe von Niedersachsens größtem Sozialverband hat das SoVD-Mitglied erfolgreich gegen die Krankenkasse geklagt.

Die Lebensumstände von Gerda Köller sind nicht einfach: Seit einem Arbeitsunfall im Jahr 2014 ist die heute 44-Jährige auf einen Rollstuhl angewiesen. Doch diesen Rückschlag konnte sie gut ausgleichen. Zwar musste sie ihren Job in einem Oldenburger Fahrradgeschäft aufgeben, weil kein behindertengerechter Arbeitsplatz eingerichtet werden konnte. Seit Sommer 2017 hat sie aber einen unbefristeten Vollzeit-Arbeitsvertrag bei einem IT-Unternehmen in Oldenburg.

Mammografie ergibt auffälligen Befund

Im Herbst desselben Jahres begann dann allerdings ein neuer Leidensweg: Eine turnusmäßige Mammografie ergab einen auffälligen Befund. Daraufhin brachte eine am Brustzentrum Kreyenbrück vorgenommene Röntgenuntersuchung der Milchgänge die Diagnose: Köller litt an einer ausgeprägten Milchgangspapillomatose – einer schmerzhaften und äußerst seltenen Brusterkrankung. Der Arzt habe, so Köller, nur gesagt: „Wir haben über 70 Tumoren gezählt, das habe ich noch nie gesehen.“

Es folgte eine erste Operation, um die an sich gutartigen Tumoren zu entfernen. Doch die Blutungen aus den Mamilen hielten an. „Das war das erste Mal, dass ich Angst hatte, dass daraus Karzinome werden könnten.“ Denn: Wenn die Papil-

lome den Milchgang durchbrechen, können sie entarten. Die Behandlung wurde fortgesetzt. Köller: „Es gab immer wieder Stanzbiopsien, Untersuchungen, Besprechungen und ich musste auf Ergebnisse warten. Mit jedem Eingriff konnte Böses freigesetzt werden. Da haben die Ärzte und ich gemeinsam entschieden, die Brüste zu entfernen.“ Auch die Beurteilung der Klinik, eine vorbeugende Brust-Amputation sei medizinisch sinnvoll, bestärkte sie in ihrem Entschluss. „Es war ein Stadium der Unkontrollierbarkeit erreicht, es bedeutete für mich eine dauerhafte Angst“, berichtet die 44-Jährige. Diese Angst blieb, weil auch weitere Untersuchungen und ein gerichtlich zugezogener Gutachter zu vergleichbaren Diagnosen kamen.

Dauerhafte Angst vor Krebs verändert das Leben

„Wenn man über 70 Mini-Tumoren in den Brüsten hat und immer wieder die Diagnose hört, dass die Erkrankung ein Einzelfall sei und die Gefahr besteht, dass aus den kleinen Tumoren bösartiger Krebs wird, dann verändert sich das Leben“, so Köller. Also beantragte sie bei ihrer Krankenkasse schließlich die Ablatio mammae – die vollständige Entfernung der Brüste. Doch die AOK Oldenburg lehnte ab. Begründung: Die histologischen Befunde reichten angeblich nicht aus. Für Köller



Foto: Hergen Riedel

Gerda Köller beim Spielen mit Hund Benji: Nach der erfolgreich durchgeführten Brust-OP kann das SoVD-Mitglied endlich wieder ein normales Leben führen.

ein Schlag ins Gesicht. Weitere Behandlungen oder brusterhaltende Maßnahmen waren keine Lösung für sie: Jeder Eingriff konnte die Gefahr vergrößern, dass Krebs entstand.

In ihrer Not wandte Köller sich an das SoVD-Beratungszentrum Oldenburg. „Die Haltung der AOK war für uns nicht nachvollziehbar und wurde den Umständen des Falls von Frau Köller in keiner Weise gerecht“, sagt SoVD-Rechtsschutzsekretär Matthias Hecker, der in Köllers Namen Klage beim Sozialgericht Oldenburg einlegte.

Derweil wurden bei dem SoVD-Mitglied im September 2019 wieder neue Tumoren sichtbar. „Das Brustzentrum wurde zur zweiten Heimat“, erinnert sich Köller. In einer er-

neuten OP sollten die Papillome entfernt werden. „Doch jeder medizinische Eingriff, der meine Brust retten sollte, wurde zur Belastung“, erklärt die 44-Jährige. „Meine neue Chance in der Arbeitswelt ist in Gefahr, wenn ich immer wieder operiert werde“, sagt sie. „Ich kann die Nach- und Nebenwirkungen einer OP nicht wegstecken wie andere. Bis ich mich wieder richtig bewegen und arbeiten kann und die Narben verheilt sind, dauert es mindestens sechs Wochen. Das sind jedes Mal sechs Wochen Arbeitsausfall.“

Dann kam endlich das erlösende Urteil: Das Sozialgericht gab Köller recht. Ende Juli 2020 wurde die Ablatio mammae im Brustzentrum des Pius-Hospitals in Oldenburg erfolgreich

durchgeführt. Köller ist mit der Entwicklung mehr als zufrieden.

Sozialgericht gibt SoVD-Mitglied recht

„Nach dem Gang vor Gericht bin ich froh, dass mich die Richterin in meiner physischen und psychischen Lage verstanden hat. Und dass das Urteil auch für andere Frauen Bedeutung haben kann – obwohl es eine Einzelfallentscheidung ist“, sagt das SoVD-Mitglied erleichtert. „Es war gut zu hören, dass die Richterin sagte, die Zumutbarkeit sei lange überschritten. Und es ist gut, dass dank der Hilfe vom SoVD die AOK die Kosten schließlich übernommen hat.“ So könne, freut sich Gerda Köller, wieder ein normales Leben beginnen. *hr*

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de

SOVD



Über 7.000 Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen in Bayern mit neuem Service

Videosprechstunde beim Arzt

Patient*innen können sich seit Kurzem per Videosprechstunde krankschreiben lassen – unter der Voraussetzung, dass sie der behandelnden Arztpraxis bekannt sind und die Erkrankung eine Untersuchung per Videosprechstunde zulässt. Das gilt insbesondere für Erkältungskrankheiten, Hautausschläge oder andere einfach per Bildschirm zu diagnostizierende Krankheiten.

Insgesamt rund 7.000 niedergelassene Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen bieten derzeit (Stand: Juli 2020) in Bayern nach Angaben der Techniker Krankenkasse (TK) Videosprechstunden an. Die TK bezieht sich dabei auf das Arztsuch-System der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB). „Die Videosprechstunde per Computer, Smartphone oder Tablet ist für Patient*innen in vielen Fällen eine ideale Alternative zum herkömmlichen Arztbesuch. Sie sparen nicht nur Zeit, sondern entgehen auch der Infektionsgefahr durch andere Personen im Wartebereich“, sagt Christian Bredl,

Leiter der TK-Landesvertretung Bayern. Besonders geeignet ist die Videosprechstunde für Patient*innen mit Erkältungskrankheiten, Hautausschlägen oder anderen einfach per Video zu diagnostizierenden Krankheiten.

Angesichts der Corona-Pandemie wollen immer mehr Patient*innen ärztliche Videosprechstunden nutzen. „Laut einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag der TK ist die Akzeptanz von Online-Sprechstunden von 35 Prozent im Dezember 2019 auf aktuell 50 Prozent gestiegen“, so Bredl. „Besonders groß ist die Zustimmung bei den Befragten,

die während der Corona-Pandemie im Homeoffice gearbeitet haben. 73 Prozent von ihnen unterstützen die Möglichkeit der Behandlung per Videotelefonie.“

Die Anzahl der niedergelassenen Ärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen mit Videosprechstunden-Genehmigung beträgt in Bayern 7.065. Davon gibt es in München Stadt und Land 1.421, in Oberbayern 1.488, in Niederbayern 499, in Oberpfalz 508, in Schwaben 740, in Oberfranken 408, in Mittelfranken 1.407 und in Unterfranken 594.

Quelle: TK Bayern



Editorial

Liebe Mitglieder,

nach langer Suche ist es uns endlich gelungen, einen neuen, zentralen und außerdem noch barrierefreien Büroraum in München zu finden.

Ab dem 1. Oktober befindet sich die Landesgeschäftsstelle im Hause unseres Kooperationspartners AWO, im Sozialzentrum Giesing in der Schwanseestraße 18 in 81539 München. Dort haben wir den Raum 114 angemietet. Durch die Barrierefreiheit ist es auch für unsere Mitglieder mit einer Gehbehinderung kein Problem mehr, einen Termin für ein persönliches Beratungsgespräch zu vereinbaren.

Aufgrund der momentanen Situation bitte ich um Ihr Verständnis, dass persönliche Beratungen nur nach telefonischer Terminabsprache stattfinden können. Sie erreichen unsere neue Mitarbeiterin Esther Sporn, die sich Ihnen in dieser Ausgabe auch persönlich vorstellt, unter der Telefonnummer 089 / 53 05 27.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!



Barbara Hölzel

Ihre Barbara Hölzel,
1. Landesvorsitzende

Die Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) informiert über Rente und Steuern bei Ruhestand im Ausland

Steuerfreier Lebensabend im Ausland?

Als Rentner*in dort leben, wo andere Urlaub machen – für viele Arbeitnehmer*innen ein Zukunftstraum. Doch was ist mit der Rente? Wo wird sie versteuert, im Ausland oder in Deutschland? Gibt es einen Freibetrag? Was muss man bei der Steuererklärung beachten?

Fast 1,8 Millionen Renten überwies die Deutsche Rentenversicherung (DRV) im Jahr 2018 ins Ausland – und damit beinahe sieben Prozent aller Rentenzahlungen. Doch auch im Ausland sind Bezieher*innen einer deutschen Rente durchaus zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Seit dem Alterseinkünftegesetz 2005 werden sämtliche Auslandsrentner*innen nach und nach erfasst und an-

Rentnen im Ausland sind in Deutschland beschränkt steuerpflichtig

geschrieben. Ruheständler*innen, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, sind in Deutschland „beschränkt steuerpflichtig“. Diese Bezeichnung beschreibt einen Nachteil: Den deutschen Rentner*innen im Ausland steht kein steuerfreier Grundfreibetrag zu. Stattdessen müssen sie den steuerpflichtigen Teil ihrer Rente vom ersten Euro an versteuern – schon bei einer kleinen Rente fallen Steuern an.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Auslandsrentner*innen einen

Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht stellen. Das Formular dazu gibt es entweder auf den Internetseiten des zuständigen Finanzamts zum Download, oder das Finanzamt schickt auf Nachfrage das Formular per Post. Wenn dem Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht stattgegeben wird, werden Bezieher*innen von Auslandsrenten vom Fiskus genauso behandelt, als würde sie in Deutschland leben – und ihnen steht der Grundfreibetrag zu.

Auslandsrentner*innen besteuern ihr Einkommen entweder zum weitaus größten Teil – nämlich 90 Prozent – in Deutschland und haben daneben nur kleine Einkünfte. Oder aber ihre Einkünfte aus dem Ausland, die nicht in Deutschland versteuert werden, liegen nicht über dem Grundfreibetrag in Höhe von 9.408 Euro. In diesem Fall sollten sie ihren Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht einen Nachweis darüber beilegen, wie viele Einnahmen

sie außerhalb Deutschlands tatsächlich beziehen. Ist das zum Beispiel eine Rente aus dem Land, in dem sie aktuell wohnen, muss dieser Nachweis von der Auszahlungsstelle dieses Landes kommen.

Aber Achtung: Das Bundesfinanzministerium hat die Staaten außerhalb der EU in sogenannte Ländergruppen eingeteilt. Je nach Ländergruppe wird der Grundfreibetrag angepasst, da das Finanzamt davon ausgeht, dass in anderen Ländern ein anderes Einkommensniveau herrscht und damit in der Regel auch die Lebenshaltungskosten nicht den deutschen Verhältnissen entsprechen. So wird auf den Philippinen beispielsweise der Grundfreibetrag um 75 Prozent gekürzt. In welcher Höhe der Grundfreibetrag im jeweiligen Land gekürzt wird, lässt sich dem Amtlichen Einkommensteuer-Handbuch des Finanzministeriums entnehmen.

Mit bestimmten Ländern hat Deutschland ein Abkommen



Foto: auremar / Adobe Stock

Wer als Rentner*in ins Ausland zieht, um Geld zu sparen, darf nicht vergessen, dass der Fiskus auch weiterhin die Rente besteuert.

geschlossen, Rentner*innen nicht doppelt zu besteuern. Durch das sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) ist geregelt, ob entweder der alte Heimat-

Der Grundfreibetrag ist abhängig vom Land, in dem man jetzt lebt

oder der neue Wohnsitzstaat die Steuer erheben darf. So müssen Bezieher*innen einer gesetzlichen Rente in Deutschland Steuern zahlen, wenn sie zum Beispiel in folgenden Ländern ihren neuen Wohnsitz haben: Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien,

Österreich und Polen.

Wer beispielsweise in Griechenland oder in den USA lebt, muss keine Steuern in Deutschland zahlen. Allerdings ist die deutsche Bundesregierung daran interessiert, beim Abschluss neuer Abkommen ihre Besteuerungsrechte möglichst auszuweiten.

Das Finanzamt Neubrandenburg ist die zentrale steuerrechtliche Behörde für Auslandsrenten. Die Steuererklärung geht an: Finanzamt Neubrandenburg, Postfach 110 140, 17041 Neubrandenburg.

Quelle: VLH



Personalien

Esther Sporn hat am 15. September ihre Arbeit in der Geschäftsstelle des SoVD-Landesverbandes Bayern aufgenommen. Sie ist dort die erste Ansprechpartnerin für die SoVD-Mitglieder in Bayern.

Als Mutter von zwei Kindern hat sie oft erfahren, was es bedeutet, benachteiligt zu sein: zum Beispiel, wenn man keinen Krippen- oder Kindergartenplatz bekommt, obwohl er einem rechtlich zusteht. Oder wenn man keinen Kinderarzt in der näheren Umgebung findet, weil in Ballungsräumen wie München fast alle Ärzt*innen einen Aufnahmestopp haben.

Esther Sporn möchte sich für Menschen einsetzen, die – durch welche Umstände auch immer – benachteiligt sind: „Ich bin überzeugt, dass der Sozialverband Deutschland mit seinen vielfältigen Beratungstätigkeiten genau der richtige Ort ist, dies zu verwirklichen.“



Esther Sporn

OV Nürnberg-Fürth OV Röthenbach-Lauf

Liebe Mitglieder, in Anbetracht der wieder steigenden Infektionszahlen, die durch die Urlaubsrückkehrenden noch weiter steigen werden, und der bevorstehenden alljährlichen Grippewelle werden wir sämtliche Veranstaltungen für die Monate Oktober, November und Dezember und darüber hinaus bis auf Weiteres absagen. Das betrifft natürlich und leider auch die geplanten Weihnachtstreffen. Ich folge damit auch dem Rat der Behörden, die zur Vorsicht mahnen, und habe mich deswegen auch mit einigen Mitgliedern telefonisch abgesprochen.

Davon unberührt sind selbstverständlich Einzeltermine beim Rechtsschutz in Nürnberg, mit mir oder in der Geschäftsstelle Röthenbach, die allerdings zwingend vorab telefonisch vereinbart werden müssen.

Ich bedauere diese Entwicklung, für die wir alle nichts können, aber dem Risiko der Ansteckung will und kann ich unsere Mitglieder nicht aussetzen und hoffe auf Verständnis.

1. Vorsitzender Gerd Reinhardt

Brandgefahr durch Leinöl

Leinöl ist ein beliebter natürlicher Holzschutz für Terrassenmöbel. Es verschließt die Poren und weist Wasser und Feuchtigkeit ab.

Allerdings ist die Verarbeitung nicht ganz ungefährlich: Mit Leinöl getränkte Lappen können leicht in Brand geraten. Darauf weist die Aktion Das sichere Haus (DSH), Hamburg, hin.

„Wenn Leinöl mit Luftsau-

erstoff reagiert, entwickelt sich Wärme“, erläutert DSH-Geschäftsführerin Dr. Susanne Woelk. Diese Wärme kann sich in textilen Stoffen stauen, zum Beispiel in Putzlappen, die zum Auftragen des Öls verwendet werden. Die aufgestaute Hitze kann zur Selbstentzündung führen.

Mit Leinöl getränkte Lappen dürfen deshalb nur in verschlossenen Schraubgläsern

oder anderen nicht brennbaren, luftdichten Behältern aufbewahrt werden.

Lappen, die nicht mehr benötigt werden, trocknen am besten auf einem nicht brennbaren Untergrund. Anschließend werden sie in einem luftdicht verschlossenen Gefäß entsorgt.

Zum Reinigen der Pinsel eignet sich Leinölseife.

Quelle: DSH



Glückwünsche



smileus/fotolia

Man kann nie neutral sein. Selbst Schweigen ist eine Meinung.

Edgar Faure

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden gratulieren allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 1.10.: Alfons Wölbitsch, München; 4.10.: Marti-

na Buntkowski, Vaterstetten; 12.10.: Marijana Zalac, Heroldsberg; 20.10.: Jens Völkel, Nürnberg; 25.10.: Ralf Klapproth, Eichenau; 27.10.: Angela Middlekamp-Sommer, Wildpoldsried; 28.10.: Peter Krotzer, Untersiemau; 30.10.: Gabriele Krotzer, Untersiemau.

65 Jahre: 6.10.: Joachim Eckert, Ottobrunn.

70 Jahre: 13.10.: Gerhard Bork, Geretsried; 14.10.: Renate Bork, Geretsried; 27.10.: Nada Boscovic, München; Franz Gäck,

Ebensfeld.

80 Jahre: Lieselotte Elias, Feuchtwangen; 22.10.: Josef Dumproff, Ebensfeld; 25.10.: Bruno Pflugpeil, Hepberg.

85 Jahre: 21.10.: Elly Schiller-Höpfner, Schönwald.

91 Jahre: 6.10.: Rosa Spickenreuther, Floß.

92 Jahre: 26.10.: Herta Fischer, Lautertal.

93 Jahre: 25.10.: Elsa Hausner, Schwaig.

94 Jahre: 6.10.: Anna Platzer, Tirschenreuth.



Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Bodenehrstraße 20, 81373 München, Tel.: 089/53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, 96114 Hirschaid, Bamberger Str. 39, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, 96114 Hirschaid, Bamberger Str. 39; Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.



Termine

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

Ortsverband Ansbach

9. Oktober, 15 Uhr: Weinfest.
Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981/36 33, E-Mail: weller@an24.info.

Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag, Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

Ortsverband Lautertal

8. Oktober, 16.30–18 Uhr: Sprechstunde, ev. Gemeindehaus Untertal.

11. Oktober, 15 Uhr: gemütliches Kaffeetrinken für alle, Landgasthof Sommer.

Ortsverband München

17. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Zirbelstube“. Auskünfte beim Vorsitzenden Walter Raßbach, Tel.: 089/7 85 49 61.

Geplante Podiumsdiskussion im Ortsverband Korbach wurde abgesagt

Dranbleiben bleibt die Devise

Für den Ortsverband Korbach ist Aufgeben keine Option. Nachdem der 1. Vorsitzende Christoph Vogel die aufwendig geplante Podiumsdiskussion zum Thema „Prekäre Beschäftigung und Altersarmut“ Ende August vorsorglich abgesagt hatte, um seinen Beitrag im Kampf gegen Corona zu leisten, laufen die Planungen für eine Wiederholung im kommenden Jahr.

Gemeinsam mit strategischen Partnern wie der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Waldeck-Frankenberg, Gewerkschaften, Stiftungen und Kirchen will der SoVD Korbach langfristig sozialverträgliche Lösungen suchen. „Die Diskussionsteilnehmer sind alle erneut angefragt“, berichtet Ralf Wiegelmann (AfA), die Bereitschaft sei groß.

„Was Arbeitgeber heute an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen einsparen, wird am Ende des Arbeitslebens ein zweites Mal aus Steuermitteln subventioniert werden müssen.“ Wenn man in Nachbarstaaten schaue, gebe es Lösungen, um die existenzbedrohenden Auswirkungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf die Altersarmut

abzufedern oder gar zu verhindern. „Das geht nicht von jetzt auf gleich“, räumt Wiegelmann ein, „aber wir müssen unverzüglich anfangen, Lösungen zu erarbeiten, die geeignet sind für die hiesigen Strukturen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Rentensystematik.“

Er wünscht sich, gemeinsam mit starken Partnern, auf der Grundlage valider Zahlen und Studien Lösungen zu erarbeiten. „Vielleicht könnte das die Initialzündung für ein Arbeitsbündnis sein“, wagt Ortsvorsitzender Christoph Vogel den Blick in eine Zukunft, die ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse auskommen könnte.

„Der SoVD Hessen wird die Aktivitäten der Mitglieder im Landkreis Waldeck-Frankenberg zum Anlass nehmen, den Sozialpolitischen Arbeitskreis in Hessen wiederzubeleben und darüber hinaus mit weiteren strategischen Partnern zu einem Sozialgipfel auf Landesebene einladen“, so Landesvorsitzender Rudolf Schulz.



Landesvorsitzender Rudolf Schulz und Angelika Jansen, 2. Vorsitzende des Kreisverbandes Frankfurt am Main / Südhessen.

Ortsverband Frankfurt am Main

Neues Vorstandsmitglied

Der Landesvorsitzende Rudolf Schulz freut sich, dass er die stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Frankfurt am Main, Angelika Jansen, als Kandidatin für die Mitarbeit im neuen Vorstand des Ortsverbandes Frankfurt am Main gewinnen konnte.

Mit Angelika Jansen im Vorstand des Ortsverbandes Frankfurt am Main habe der Kreisverband Frankfurt am Main/Südhessen dann wieder neun Ortsverbände, stellt der Landesvorsitzende fest. „Nur Corona konnte uns aufhalten“, blickt Rudolf Schulz betrübt zurück auf die vielen abgesagten Termine im laufenden Jahr. Besonders die Ausflüge mit den Mitgliedern vermisst er.

Aber Weihnachten will er nicht auch noch der Corona-Pandemie opfern und ermuntert deshalb Angelika Jansen, eine kombinierte „weihnachtliche Jahresabschlussversammlung“ auf die Beine zu stellen.



Foto: aga2rk/Pixabay

Altersarmut wird schon in wenigen Jahren eines der drängendsten Probleme unserer Gesellschaft sein.

Personalien

Juristin **Silke Marx** berät ab Oktober in Südhessen regelmäßig in drei Sozialberatungsbüros Mitglieder des SoVD. Für den Landesvorsitzenden Rudolf Schulz „ein Glücksgriff“, weil die 39-Jährige so flexibel ist, dass sie sowohl in Offenbach als auch in Frankfurt und Wiesbaden die Beratungsteams verstärken kann. Schon seit Anfang September bietet sie freitags am Nachmittag in der Zeit von 15.30 bis 18 Uhr im Offenbacher SoVD-Büro vereinbarte Termine an. Ab Oktober werden in der Wiesbadener Geschäftsstelle des SoVD auch die Termine für Frankfurt-Höchst und Wiesbaden koordiniert.

Das Sozialrecht begleitet die Volljuristin schon seit ihrem Start ins Berufsleben nach ihrem Studium in Trier. So gehört das Sozialgesetzbuch mit seinen zwölf Teilen zu ihrem alltäglichen Handwerkszeug, mit all den dazugehörigen Ausführ-



Silke Marx

ungsgesetzen und Verordnungen. Juristin war schon seit der Kindheit ihr Berufswunsch, und das Öffentliche Recht, wozu das Sozialrecht in der Ausbildung gehört, bekam während ihres Studiums von Anfang an besondere Aufmerksamkeit. „Eng am einzelnen Menschen“, erklärt Marx ihr Interesse an diesem Rechtsgebiet. „Oft geht es um Menschen, die überwiegend unverschuldet in eine Lebenssituation geraten, in der sie sich

hilflos allein gelassen fühlen, weil ihnen oft Gleichgültigkeit entgegenschlägt“, stellt die erfahrene Juristin fest, die nicht zulassen möchte, „dass Menschen vom Leben abgehängt werden“.

Im SoVD stelle sie ihre Kompetenzen einer starken Solidargemeinschaft zur Verfügung, die verhindere, dass sich Deutschland zu einer Gesellschaft entwickle, in der alle nur noch sich selbst die Nächsten seien. „Wenn Leute auf die richtigen Menschen treffen, kann sich auch was ins Positive entwickeln.“

Für Silke Marx ist ihr berufliches Engagement im SoVD zudem eine optimale Lösung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „So können mein Mann und ich die für die Familie erforderliche Zeit unabhängiger von üblichen Bürozeiten planen“, freut sich die Ehefrau und Mutter zweier Töchter.

Erster Treff nach der Corona-Pause

Nach fünf coronabedingten Monaten Pause traf sich die Trauergruppe „Zufriedenheit“ des Ortsverbandes Hofgeismar erstmals wieder am 5. August. Unter Beachtung der vorgeschriebenen Hygienevorschriften mietete sich die 12-köpfige Gruppe einen Bus mit 45 Sitzplätzen für ihren Tagesausflug.

Die Fahrt ging diesmal nach Bodenfelde in ein Café direkt an der Weser. Bei Kaffee und Kuchen tauschten sich die Teilnehmer*innen unter anderem darüber aus, wie sie persönlich mit dem Alltagsleben während der Pandemie zurechtkommen. Dabei gab es auch interessante Anregungen für den*die ein*e oder andere*n.

Einige Mitglieder unternahmen noch einen kleinen Spaziergang an der Weser. Nach zwei Stunden trat die Gruppe dann gemeinsam die Rückfahrt an.

SOVD

Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-he.de



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.
Info-Telefon Pflege: Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 0611/20 55 216, geöffnet montags bis freitags, 10–13 Uhr.

Ortsverband Frankfurt-Höchst

Sozialrechtsberatung: im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, Terminabsprache erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung: Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Stra-

ße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel. 0611/20 55 216.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, mit Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Wiesbaden-Stadt

Sozialberatung: Franz Seitz, 1. Vorsitzender, OV Wiesbaden-Stadt, offene Sozialberatungsstunden jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr.

Sozialrechtsberatung: jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, durch die Rechtsanwälte Frank Sunkomat und Martin Wallbruch.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden vereinbaren unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovd-hessen.de.

Ortsverband Ginsheim-Gustavsburg

Sozialberatung in Mainz-

Kastel: Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3, Tel.: 06134/5 64 09 66.

Kreisverband Gießen

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, mit Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de, Anmeldung erbeten unter Tel.: 06033/7 48 89 99.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Juristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, vorherige Terminvereinbarungen erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung nur nach telefonischer Terminvereinbarung. Conrad-von-Soest-Straße 2 a, 34337 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: Sozialkompetenzentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, durch Marita Schliephorst, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung siehe oben.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss).

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung: jeden 1.

Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden Montag, 16–18 Uhr, Stadthalle Wetter, Konferenzraum, Schulstraße 27, 35083 Wetter. Terminvereinbarung in dieser Zeit unter Tel.: 06423/54 37 19 oder 0152/58 62 96 77 (mobil). In dringenden Fällen (nur bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/8 98 72 02, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/5 15 24, in ganz dringenden Fällen: Waldemar Becker, Tel.: 05605/92 92 10.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (siehe Eintrag oben).



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 8.10.: Annette Blazi-Kuhmann, Hofgeismar; 16.10.: Ernst Scherer, Wetter; 16.10.: Otto Schick, Marburg; 16.10.: Ilona Jäger, Wetter; 22.10.: Ute Banze, Edermünde; 24.10.: Dietmar Westendorf, Mühlheim.

70 Jahre: 6.10.: Wilfried Braun, Calden; 6.10.: Joachim Flach, Darmstadt; 19.10.: Heidemarie Wagner, Egelsbach; 24.10.: Ingrid Rühl, Allendorf; 31.10.: Christof Czarniecki, Kassel.

80 Jahre: 21.10.: Gerhard Martin, Bad Wildungen; 23.10.: Helga Parplies, Wesertal; 26.10.: Bärbel Gärtner, Wesertal.

85 Jahre: 12.10.: Karl Merz, Bad Wildungen.

91 Jahre: 11.10.: Ursula Croll, Calden.

93 Jahre: 14.10.: Helene Hupfeld, Sontra.

95 Jahre: 3.10.: Amanda Schäfer, Calden.

97 Jahre: 17.10.: Heinz Hermann, Frankfurt; 29.10.: Irma Kilian, Oestrich-Winkel.

100 Jahre: 31.10.: Margarete Satz, Hofgeismar.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Die Grundrente kommt

Mit der Grundrente sollen langjährig Versicherte von 2021 an einen Aufschlag auf ihre Minirenten bekommen. Die Höhe wird individuell bestimmt. Um den Grundrentenzuschlag in voller Höhe erhalten zu können, müssen mindestens 35 Jahre an sogenannten Grundrentenzeiten vorhanden sein. Die Grundrente startet aber in einem sogenannten Übergangsbereich bereits dann, wenn 33 Jahre Grundrentenzeiten vorhanden sind.

Grundrentenzeiten sind zum Beispiel Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus Berufstätigkeit, Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie Zeiten, in denen man Leistungen bei Krankheit oder Rehabilitation bekommen hat.

Nicht mitgezählt werden Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld I und II, Zeiten der Schulausbildung, freiwillige Beiträge oder Zeiten einer geringfügigen Beschäftigung - eines sogenannten Minijobs - ohne eigene Beitragszahlung. Übrigens: Ob Sie einen Anspruch auf die Grundrente haben, wird automatisch geprüft. Die Auszahlung erfolgt ebenfalls automatisch. Sie müssen nichts unternehmen.

Berechnet wird die Grundrente aus allen Grundrentenzeiten, in denen der Verdienst mindestens 30 Prozent des Durchschnittsverdienstes in Deutschland betragen hat. Liegt der eigene Verdienst darunter, wird diese Zeit nicht mitgezählt.

Auch darf der Verdienst bezogen auf das gesamte Be-

rufsleben im Durchschnitt höchstens 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes in Deutschland betragen haben. 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes sind im Jahr 2020 zum Beispiel rund 2700 Euro brutto im Monat. Liegt das durchschnittliche Einkommen des gesamten Berufslebens darüber, kann die Grundrente nicht gezahlt werden.

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) beginnt voraussichtlich ab Mitte 2021 mit der Versendung der Grundrentenbescheide für Rentner*innen, die erstmals ab diesem Zeitpunkt eine Rente erhalten. Alle anderen bekommen ihre Bescheide bis Ende 2022 (mit Nachzahlung). *Quelle: DRV Bund*

Briefe an die Redaktion

„Rente fällt mager aus“

In der Rubrik „Leserbriefe“ veröffentlichen wir auszugsweise Zuschriften, die sich auf Artikel in der SoVD-Zeitung beziehen. Es handelt sich um Meinungsäußerungen, die nicht unbedingt SoVD-Positionen widerspiegeln. Ein Anrecht auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de.

Zum Titel im Juli / August, „Die Renten steigen mit Recht“, beschreibt Herbert Seeraus aus Bad Bevensen erlebte Realitäten:

Um einen Rentenpunkt in einem Kalenderjahr zu erwirtschaften, wird bereits im Jahr 2020 ein Jahresdurchschnittsentgelt aller Deutschen von 40.548 Euro brutto zugrunde gelegt. (...) Ich frage mich, welcher Arbeitnehmer erreicht in strukturschwachen Gebieten diese Lohngrenze? (...) Wenn Menschen aus privaten Gründen, wie zum Beispiel Kindererziehung, nur in Teilzeit arbeiten können oder wenn jemand aufgrund von Erkrankungen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, dann fällt die Rente noch magerer aus. (...) Ob die eingeführte Grundrente zum 1. Januar 2021 den entsprechenden Durchbruch bringen wird, bleibt abzuwarten.

Oliver Wilcek aus Petershagen stört bei dem Thema noch anderes:

*(...) Gerade wenn es im Rechtssystem nach Karlsruhe geht, ist es ein großer Unterschied, ob man Rente oder Pension erhält. Leider bekommen die Richter am Bundesverfassungsgericht kaum eine Rente, sondern eine Pension. In meinen Augen sind die Richter doch in ihrer Rechtsprechung befangen. Was wäre, wenn es keinen Unterschied mehr zwischen Rente und Pension gäbe? Dann würden auch die Rentner*innen besser dastehen. Doch damit alle in einen Topf zahlen und auch herausbekommen, müssten gerade Personen dazu gebracht werden, diesem zuzustimmen, welche sich selbst in Zukunft aus der Pensionskasse (...) bedienen. (...)*

Auch 2020 wieder tatkräftiger SoVD-Einsatz beim Berliner Freiwilligentag

Möbel für Therapie-Wohngruppe

Erneut beteiligte sich der SoVD-Bundesverband an der Berliner Freiwilligenwoche. Der SoVD-Freiwilligentag fand im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ statt, die diesmal auf den 11. bis 20. September fiel. Die Mitarbeitenden des SoVD halfen einer Jugendeinrichtung.

Als kleine Tradition hat sich in den letzten Jahren der Einsatz im Kinderhaus Berlin-Mitte e. V. bewährt. Dieses hat jetzt ein neues Projekt, bei dem die Hilfe vom SoVD gerade recht kam:

Das Kinderhaus etabliert derzeit eine therapeutische Mädchen-WG in Berlin-Karow und richtet Therapie- und Mehrzweckzimmer ein. Hierfür hatten hauptamtliche Mitarbei-

tende der Bundesgeschäftsstelle Möbel organisiert, vom Tisch bis zum Schrank, und bauten sie vor Ort auf. Es entsteht ein schöner Rückzugsort für sozial benachteiligte Mädchen.



In Zweiertteams baute ein Dutzend Freiwilliger Möbel auf, die der SoVD den Mädchenräumen spendete, hierv. li.: Dominique Botembe, Ralf Bergfeld, Diana Dubiel, Michael Meder (stellv. Bundesgeschäftsführer).

Gut informiert. Gut beraten. Immer und überall.



Fotos: contrastwerkstatt; Andrey Popov / Adobe Stock; Montage: SoVD

Rund 600.000 Menschen sind Mitglied im Sozialverband Deutschland, SoVD. Ihnen steht ein flächendeckendes Netz von Zentren und Büros zur Verfügung, in denen sie sich in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten beraten lassen können. Monatlich informiert zudem die Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ über die Verbandsarbeit und aktuelle sozialpolitische Themen.

Über die Internetseite www.sovd.de, das Online-Magazin und die SoVD-Magazin-App sind Informationen rund um die Uhr auch digital verfügbar. Die App gibt es kostenlos im App Store für IOS oder im Google Play Store für Android.

Mit SoVD-TV stellt der Verband darüber hinaus eigene Filmbeiträge auf Youtube bereit und ist selbstverständlich auch in den sozialen Medien (Facebook, Twitter) vertreten.

Tipp für Kinder

Voll durchgeblickt

Adrian hat gar kein Pferd Der Einfluss von schlechter Luft



Zoe ärgert sich, dass ihr Mitschüler Adrian immer von seinem Pferd erzählt. Angeblich hat es eine goldene Mähne und ist das schönste und beste Pferd auf der ganzen Welt. Dabei hat Adrian doch gar kein Pferd! Wo sollte es denn bitteschön auch leben – in dem kleinen, schäbigen Haus mit dem winzigen Vorgarten etwa? Je mehr Adrian in den höchsten Tönen von seinem Pferd schwärmt, desto wütender wird Zoe. Dann jedoch macht sie eine verblüffende Entdeckung: Adrian mag vielleicht kein echtes Pferd

haben, aber in seiner Fantasie ist alles möglich. Zoe muss es nur sehen wollen.

Marcy Campbell: Adrian hat gar kein Pferd. Cbj Kinderbücher, 40 Seiten, mit farbigen Illustrationen, ISBN: 978-3-570-17647-4, 15 Euro.

Möchtet ihr eines der Bücher gewinnen? Dann schreibt uns einfach eine E-Mail unter dem Stichwort „Adrian hat gar kein Pferd“ per E-Mail an: redaktion@sov.d.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober. Viel Glück!

Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur ist Luftverschmutzung wirklich schlecht für Menschen. Rund 400.000 Personen sterben jährlich in Europa aufgrund der Umweltgefahren, die von Luftverschmutzung ausgehen. Besonders in größeren Städten und Metropolen ist dies ein Problem.

Luftverschmutzung wird durch schädliche Stoffe in der Luft verursacht. Besonders schädlich für Menschen sind giftige Gase wie Stickoxide, die hauptsächlich von Autos und Lastwagen mit Verbrennungsmotoren ausgestoßen werden. Zudem gibt es noch Feinstaub in der Luft. Dieser wird durch Abrieb von Auto- oder Fahrradreifen oder durch Fabriken verursacht, wo Feinstaub durch die Schornsteine in die Luft gelangt. Über die Luft können die kleinen Partikel in die Lunge eindringen. Bei Kindern können die Schadstoffe bereits Asthma auslösen. Bei Erwachsenen sind es vor allem Herzkrankheiten, die zu einem frühen Tod führen können. Die Menschen in den Städten sind aber auch noch mehreren Risiken ausgesetzt. Neben Luft- und Wasserverschmutzung sowie Lärmbelastigung und Chemikalien können verschiedene Kombinationen daraus verstärkend auf die Gesundheit wirken. Dort



Foto: Lewis Tse Pui Lung / Adobe Stock

In chinesischen Städten ist die Luftqualität nicht sehr gut. Aber auch deutsche Städte wie Stuttgart haben das Problem.

wo Menschen weniger Zugang zu Grün- und Wasserflächen haben, sind sie besonders anfällig für Krankheiten. Aus diesem Grund ist eine gesunde Natur ein Schlüsselmechanismus für die Erhaltung der öffentlichen Gesundheit. Mehr Parks und mehr Gärten in den Städten wären nicht nur für das Auge schön, sondern fördern Wohlbefinden und bieten Raum für körperliche Betätigung, Entspannung und soziale Integration. Darüber hinaus können Pflanzen einige giftige Schadstoffe aus der Luft herausfiltern.

Anzeige

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540

über 115 Jahre

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

2 zum Preis von 1 Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400 mg reines Magnesium.

Aktion im Oktober 2020: Zu jeder Packung * 1 Packung GRATIS!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € 17,50

Erotisan-Manneskraft

Erotisan-Manneskraft unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz (Muiru puama), Damianablättern und Sabalfrüchten sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende, die Libido fördernde Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 142 1-Liter-Flasche € 17,50
Best.-Nr. 1042 3er-Packung (je 1 Liter = 16,00 €) € 48,00

Hyaluronsäure 300 mg TOP

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält 300 mg reine Hyaluronsäure und 40 mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 843 120 Kapseln € 24,50
ab 3 Packungen nur € 21,50

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müllis oder zur Vermischung mit Saft.

vegetarisch, glutenfrei, vegan

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = 24,00 €) € 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = 22,00 €) nur € 11,00

Grünlippmuschel-Kapseln

Enthalten Glycosaminoglykane, die natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500 mg reines neuseeländisches Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 170 Kapseln für 2 Monate € 12,50
Best.-Nr. 1850 340 Kapseln für 4 Monate € 23,00

Vitamin B12 Supra-200 µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200 µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten für 4 Monate € 6,50
ab 3 Packungen nur € 5,95

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate € 13,50
ab 3 Packungen nur € 12,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

2-Monatspackung *FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück** Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Alle Informationen zu unseren Produkten finden Sie unter www.kraeuterhaus.de. Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz sov201032

Name, Vorname: _____
 Straße, Nr.: _____
 PLZ, Ort: _____
 Telefon (falls Rückfragen): _____ Geburtsdatum: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bestellung bitte an:
 Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
 Helfensteinstr. 47, Abl. 32
 73342 Bad Dittzenbach
 Tel.: 073 34/96 540
 Fax: 073 34/96 5444
 Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

 **Zeitmaschine**

Die Vollendung der Einheit

Die Teilung Deutschlands endete vor 30 Jahren am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der fünf DDR-Länder zur westdeutschen Bundesrepublik. Hunderttausende aus dem In- und Ausland feierten in Berlin zwischen Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor. Zu den Klängen der Freiheitsglocke wurde um Mitternacht am großen Fahnenmast vor dem Reichstag die Bundesflagge gehisst. Feuerwerk säumte den Himmel Berlins und die vierzigjährige Teilung Deutschlands war politisch überwunden.

Nachdem eine friedliche Revolution das sozialistische Regime der DDR bereits im Jahr 1989 faktisch zu Fall gebracht hatte, vollzog sich die Wiedervereinigung in atemberaubender Geschwindigkeit. Den Ruf der Bürger*innen der DDR nach Wiedervereinigung hatte den Weg für den Mauerfall und die Öffnung der Grenze erzwingen und somit die deutsche Frage Ende 1989 wieder auf die internationale Agenda gesetzt. Die Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau machte schließlich den Weg frei für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.



Foto: Wolfgang Kumm/picture alliance

Hunderttausende Bürger*innen feierten rund um das Reichstagsgebäude am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit.

Paris, London und Moskau hatten zunächst Vorbehalte
Doch nicht jeder war glücklich über die gesellschaftlichen Umbrüche in der DDR. Der Weg zu den Verhandlungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrages gestalteten sich schwierig. Besonders die beiden westeuropäischen Statusmächte Frankreich und Großbritannien trieb die Sorge um, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das politische Gewicht in Europa zu seinen Gunsten verschieben könnte. Besonders die

britische Premierministerin Margaret Thatcher, die als Jugendliche den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatte, wollte anfangs die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern. Dass sich Frankreich und Großbritannien am Ende doch für die Vertragsverhandlungen offen zeigten, war der Haltung der USA zu verdanken. Die sowjetische Regierung unter Präsident Gorbatschow gab erst Ende Januar 1990 grünes Licht für die Verhandlungen, nachdem offensichtlich war, dass der wirt-

schaftliche Kollaps der DDR nicht aufgehoben werden konnte. Als man im Juli auch die Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nach der Wiedervereinigung geklärt hatte, unterzeichneten die Außenminister der sechs Länder den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, wie der Zwei-Plus-Vier-Vertrag offiziell hieß. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR regelte, dass der „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober Nationalfeiertag wurde.

 **Buchtipps**

Das Verschwinden des Dr. Mühe

Ein angesehener Arzt verschwindet über Nacht. Sein Sportwagen wird verlassen am Ufer eines Sees bei Berlin gefunden. Die Mordkommission stößt hinter der Fassade des ehrenwerten Doktors auf die Spuren eines kriminellen Doppellebens.

Oliver Hilmes hat die Akten dieses Kriminalfalls aus der Spätzeit der Weimarer Republik im Berliner Landesarchiv entdeckt. Für seinen Roman setzt er das mysteriöse Puzzle zusammen und erzählt von den Abgründen einer bürgerlichen Existenz am Vorabend der Diktatur.



Oliver Hilmes: *Das Verschwinden des Dr. Mühe*. Penguin Verlag, 240 Seiten, ISBN: 978-3-328-60138-8, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Stichwort bzw. dem Betreff „Das Verschwinden des Dr. Mühe“ per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

 **Denksport**

Löse die Eintrittskarte zum Wundergarten



Grafiken: ratpack223; photosvac/Adobe Stock, Montage: SoVD

Bei einem gemeinsamen Ausflug treffen vier heitere Wandernde im Wald plötzlich auf eine verwunschene Brücke, die über einen mit Uferblumen gesäumten Bach verläuft. Vor ihren Augen erscheint eine Waldfee, die sie freundlich begrüßt: „Wenn ihr über die Brücke zum Wundergarten wollt, müsst ihr zuerst ein Rätsel lösen.“ Die Wandernden willigen ein. Vor ihren Augen erscheinen im magischen Feinstaub die Buchstaben E-O-S. „Erkennt die vier Schlüsselwörter. In jedem dieser Schlüsselwörter sind die drei Buchstaben enthalten. Die Anfangsbuchstaben der Schlüsselwörter bilden das Eintrittswort. Das erste Schlüsselwort strahlt am Himmel, das zweite findest du in der Wüste. Das dritte Wort sollte jeder Mensch im Leben haben, aber ein Bundeskanzler meinte auch, dass man damit „zum Arzt gehen“ sollte. Das vierte öffnet man, um an die konservierten Früchte zu kommen.“ Die Wandernden schauen sich an und grübeln. Sie lösen das Rätsel schnell und verbringen einen schönen Tag im Wundergarten. Können Sie es auch lösen? **Die Auflösungen stehen wie immer auf Seite 18.**

 **Gibt's doch gar nicht, oder?**

Hausen ist häufigster Ortsname

Schaut man auf die Landkarte Deutschlands, so findet man fast 93 mal den Namen „Hausen“ als Ortsnamen einer Gemeinde, eines Ortsteils oder einer Wüstung. Seine Wortherkunft bezieht sich klar auf die feste Behausung des Menschen, die anfangs allerdings häufig alleine auf weiter Flur zu finden war.

Ein einzelnes Haus bildet noch kein Dorf. Ein einzelnes Haus in der Landschaft ist höchstens ein Weiler. Doch gerade sind es diese Orte, die typischerweise im Zuge der fränkischen Landnahme im späten fünften und siebten Jahrhundert aus einem Haus entstanden sind und mit der Zeit zum Dorf oder sogar zur Stadt erwachsen. Nicht umsonst finden wir heute fast zwei Drittel der Orte dieses Namens in Bayern und Baden-Württemberg, weil die Erweiterung des Karolingerreiches hier seinen Ausgang fand.

Auch die Namensendung „-hausen“ ist stark verbreitet. In Frankfurt am Main gibt es sogar beide Typen: Frankfurt-Hausen als Stadtteil und Sachsenhausen als Stadtteil mit Namensendung.

Frankfurt-Hausen ist mit mehr als 7.000 Einwohner*innen auch das größte „Hausen“ in Deutschland. Viele namensgleiche Orte verblieben hingegen in der durchschnittlichen Dorfgröße.



Foto: stefanasal/Adobe Stock

Hausen im Wiesental in Baden-Württemberg ist nur eine von vielen Gemeinden mit dem Namen Hausen in Deutschland.

Hausen ist somit der häufigste Ortsname in Deutschland. Alleine zwölf eigenständige Gemeinden und unzählige Stadt- oder Ortsteile tragen diesen Namen.

Buchtipps

Der Wert der Geschichte

Der Historiker Magnus Brechtken zeigt an zehn Beispielen, wie hart die Werte von Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe erkämpft wurden, wie sehr sie das Leben der Menschen verbessert haben – und warum diese Errungenschaften heute auf dem Spiel stehen, durch Nationalisten und Populisten.



Welche Rechte hatte ein Bürger vor 150 Jahren? Wie selbstbestimmt war das Leben einer jungen Frau um 1900? Und welche Autoritäten prägten die Existenz der Menschen damals? Brechtkens Buch ist ein eindringlicher Aufruf gegen die Geschichtsvergessenheit: Wir müssen immer wieder neu für die Werte der Freiheit kämpfen!

Magnus Brechtken: *Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart.* Siedler Verlag, 304 Seiten, ISBN: 978-3-8275-0130-1, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches von Markus Brechtken gewinnen? Dann schicken Sie unter dem Betreff „Der Wert der Geschichte“ entweder eine E-Mail an: redaktion@sovd.de oder schreiben Sie unter dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Hätten Sie's gewusst?

Englisch hat die meisten Wörter

Laufend etwas Neues: Englisch ist mit deutlichem Abstand die Sprache mit den meisten Wörtern. Das vollständigste englische Wörterbuch, das „Oxford English Dictionary“, umfasst über 600.000 Begriffe. Das „Deutsche Wörterbuch“ der Gebrüder Grimm schafft es da „nur“ auf knapp 350.000 Stichwörter.

Muttersprachler*innen kommen meistens mit 14.000 Wörtern aus. Egal ob Chinesisch, Englisch oder Deutsch: Viele Wörter werden in einer Sprache nicht mehr gebraucht, verschwinden aber nur langsam aus den Wörterbüchern. Jedoch müssen ständig neue Dinge benannt werden. Deswegen nimmt der Wortschatz zu. Das Englische bedient sich hierbei oft aus anderen Sprachen und hat daher für ein und dasselbe Wort viele Ausdrücke. Paradoxe Weise kann man sich im wortreichen Englisch mit nur 400 Wörtern und 40 Verben recht gut verständigen.



Foto: vvoe / Adobe Stock

Im „Global Language Monitor“ wurde 2009 mit „Web 2.0“ das millionste englische Wort verzeichnet. Keine Sprache hat mehr Wörter.

Redensarten hinterfragt

„Wau!“: Vorsicht, bellender Hund

„Hunde, die bellen, beißen nicht!“ Diese Redensart dürfte jedem Menschen bekannt sein, selbst wenn er kein Haustier besitzt oder Tierfreund*in ist. Umgangssprachlich bedeutet der Volksspruch, dass die lautesten Hunde eigentlich die harmlosesten sind. Doch stimmt das eigentlich?

Es gibt viele Gründe, warum ein Hund bellt. Einige davon sind durchaus positiv: Freude oder Erregung, Begrüßung von Artgenossen und Besitzern, zur Spielaufforderung und zur Aufmerksamkeit. Doch es gibt auch „negatives“ Bellen, das etwa Aggression, Revierverteidigung, Wut oder Angst und Unsicherheit ausdrückt. Hier gilt es besonders auf die Körpersprache des Hundes zu achten. Wenn dieser beispielsweise eine entspannte Haltung einnimmt, die

Ohren nach hinten richtet und mit seinem Schwanz wedelt, möchte der bellende Hund freundlich mit Artgenossen oder mit Menschen Kontakt aufnehmen. Ist der Vierbeiner allerdings körperlich versteift, steht starr auf allen vier Beinen und bellt ohne sich zu rühren, ist es durchaus ratsam auf Abstand zu gehen. Aus diesem Grund ist diese Volksweisheit mit Vorsicht zu genießen, auch wenn ziemlich viel zusammenkommen muss, bevor ein Hund zubeißt.



Foto: Carola / Adobe Stock

Ein Collie begrüßt bellend einen Artgenossen im Stadtpark.

Variante: LEICHT

7	8				9	6
	2		○			
	6	4	2		9	5 3
	8	3			5	7
2				6	○	9
	9		1			2 3
6	4		3	1	8	9
○						2
	7	9				3 4

Auflösung des Vormonats

7	9	5	4	8	6	3	2	1
4	1	2	5	9	3	6	8	7
8	3	6	1	7	2	4	5	9
3	8	7	6	5	4	9	1	2
5	6	1	3	2	9	7	4	8
9	2	4	8	1	7	5	6	3
2	5	3	7	6	1	8	9	4
6	7	9	2	4	8	1	3	5
1	4	8	9	3	5	2	7	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

		4				7	9	5
	○	2	8		7			
7	6							3
2			6			8	4	
				8		○		
	1	3			2			9
	5						7	2
			1		4	9		
3	9	1	○			4		

Auflösung des Vormonats

9	8	1	7	4	3	2	5	6
7	4	5	2	1	6	3	9	8
6	2	3	8	9	5	4	7	1
8	5	9	3	6	1	7	4	2
1	6	2	5	7	4	9	8	3
3	7	4	9	2	8	6	1	5
5	1	6	4	3	7	8	2	9
2	3	7	1	8	9	5	6	4
4	9	8	6	5	2	1	3	7

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Des Rätsels Lösung

Schau mir in die Augen! (Ausgabe September 2020, Seite 16)

Auf dieser Seite sind zwei Lösungen möglich. Zählt man nur die Monster in den farblich

hinterlegten Feldern, ergeben sich 25 Augen. Zählt man alle Monster auf der Seite, so sieht man 36 Augen.

Löse die Eintrittskarte zum Wundergarten

(Denksport, Seite 17)

Die Schlüsselwörter lauten (1) Sonne, (2) Oase, (3) Visionen und (4) Dose. Das Eintrittswort lautet entsprechend den Anfangsbuchstaben S-O-V-D.

Die Schweizer Dokumentation „Immer noch Frau“ kommt am 26. November in die deutschen Kinos

Einsamkeit im Alter vielfältig dargestellt

Fünf Protagonistinnen – ein Schicksal: verlassen, verwitwet, geschieden oder einfach aus Prinzip Einzelgängerin. Sie versuchen ihrem „Lebensherbst“ zu entfliehen und einen Partner fürs Leben zu finden. Die Regisseurinnen Stéphanie Chuat und Véronique Reymond begleiten sie bei ihrer Suche und fangen charmant und authentisch die Tücken des „Datings“ jenseits der 60 Jahre ein.

Wo sind bloß die Männer abgeblieben? Mit dieser Frage beschäftigt sich Marion Jeanmonod schon länger. Die verwitwete Leiterin einer Tanz- und Theatergruppe treibt diese Frage um, weil es sie nicht nur nervt, dass alleinstehende, rüstige Männer älter aussehen als sie sind und dann noch jüngere Frauen bei der Partnersuche bevorzugen, sondern auch, weil Männer Mangelware in ihrer Theatergruppe sind. So schlüpft sie kurzerhand selbst in die Männerrollen und begeistert damit ihr Publikum.

Mit Männern auf der Schweinejagd

Carmen Python war glücklich verheiratet, hat den familiären Haushalt geführt und die Kinder großgezogen. Aus dem Nichts hat ihr Mann sie dann für eine andere Frau verlassen. Sie leidet unter der Einsamkeit, nimmt 15 Kilo ab und kämpft mit ihren Phobien. Beim abendlichen Ausgehen in der Stadt sieht sie glücklich aus, sie tanzt auch gerne, aber wenn sie einsam daheim die Wand anstarrt, wird sie verrückt. „Darum koche ich auch nicht mehr“, meint sie.

Odile Curchod geht gerne wandern und umarmt im Wald Bäume. „Ich schaue, ob es ihnen auch gut geht“, erklärt die begeisterte

Sportschützin, die von sich behauptet, vor langer Zeit das große Liebeslos gezogen zu haben, nur um dann zu erkennen, dass es doch eine „Niete“ war. „Mit dem Alter lernt man mit der Enttäuschung umzugehen“, sagt sie und geht mit Männern auf die Wildschweinjagd oder genießt das Dolcefarniente mit ihrem Papagei.

Die Journalistin Noëlle Clerc sitzt mit einem Bekannten an ihrem Küchentisch und brütet über ihrem Profil auf einer Dating-Webseite. „Hast du Angst, verlassen zu werden?“, fragt er ganz ehrlich. „Ja klar“, entgegnet sie, worauf er unterstützend und respektvoll erwidert: „Wenn ihr euch das erste Mal trifft, musst du dir selbst sagen: Selbst wenn wir uns trennen sollten, ist unsere Begegnung wertvoll, denn es ist eine gute Erfahrung.“ Pierre Grivels Musikschüler*innen nen-

nen sie liebevoll die „Flötenoma“. Auch wenn die verwitwete Pastorenfrau sich fürsorglich um ihre Schützlinge sorgt, wünscht sie sich selbst Enkelkinder. Musik ist ihre Zuflucht vor dem Nichts. In ihrem Schlafzimmer diskutiert sie mit einem leeren Bett, in dem ihr verstorbener Mann geschlafen hat. Sie kocht stets für zwei, um bei Tisch nicht ganz alleine zu sitzen und hat nicht die Courage, das Büro ihres Ehemannes auszumisten.

Starke Frauen überwinden ihre inneren Zweifel

Stéphanie Chuat und Véronique Reymond, die in ihrer Dokumentation „Immer noch Frau“ diese fünf unterschiedlichen Französinen zwischen 60 und 70 Jahren vorstellen und ganz ohne Voice-Over-Erzähler*in auskommen, gelingt es, das Thema Einsamkeit



Fotos: Véronique Reymond

Noëlle Clerc war lange Jahre Journalistin und fühlt sich wie unsichtbar. Mit über 60 Jahren versucht sie, eine neue Liebe zu finden.

im Alter menschlich, vielschichtig und aus verschiedenen Perspektiven differenziert zu erzählen. Auch wenn man sich anfangs an die filmische Erzählweise der Perspektivwechsel gewöhnen muss, ist gerade dieses Stilmittel der sich aufbauenden Szenen ein interessanter Spannungsbogen, der außerdem am Ende aufzeigt, wie

die starken Frauen ihre inneren Zweifel und Ängste überwinden. Freund*innen des Programmkinos kommen auch mit französischem Originalton und deutschen Untertiteln voll auf ihre Kosten. In den meisten deutschen Kinos wird der Film, der am 26. November startet, mit deutscher Synchronisation gezeigt. *Christian Müller*



Carmen Python



Pierre Grivel



Marion Jeanmonod



Odile Curchod

Matt Damon engagiert sich für sauberes Trinkwasser

Der Retter Elysiums

Matt Damon studierte in Harvard Englisch und feierte sein Filmdebüt im Jahr 1988 neben Julia Roberts in „Pizza, Pizza“. Der Oscarpreisträger wird am 8. Oktober 50 Jahre alt.

Im Filmgeschäft hat Matt Damon stets das richtige Gespür für ein gutes Drehbuch. Nicht umsonst hat er für den Film „Good Will Hunting“, für den er zusammen mit Ben Affleck im Jahr 1998 den Oscar für das beste Drehbuch gewann, selbst zur Feder gegriffen. Die Grundlage zum Film hat er sich bereits an der Harvard Universität im Studium erarbeitet. Für die gute Sache trat er bisher nicht nur im gesellschaftskritischen Science-Fiction-Film „Elysium“ ein, im dem die Kluft zwischen Arm und Reich die Sphäre des Weltalls erreichte und Damon in der Figur des Roboterproduktionsarbeiters Max Da Costa allen Erdenbürgern zur kostenlosen medizinischen Versorgung verhalf. Auch abseits des roten Teppichs engagiert sich Damon als Mitbegründer der Non-Profit-Organisation „water.org“, die sich weltweit für Menschen einsetzt, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.



Foto: Photoshot/picture alliance

Matt Damon bei der Premiere von „Ford vs. Ferrari“.

Michael Collins war Pilot der Kommandokapsel der Apollo-11-Mission zum Mond

Alleine in der Weite des Alls

Jeder Mensch kennt Niel Armstrong, den ersten Menschen, der seinen Fußabdruck auf der Mondoberfläche verewigte. Doch nur wenige kennen den Mann, der bei Apollo 11 alleine in der Kommandokapsel „Columbia“ um den Mond kreiste. Am 31. Oktober wird Astronaut Michael Collins 90 Jahre alt.

Michael Collins war der erste Mensch, der die Stille des Weltalls und die Unendlichkeit des Sternenmeeres wie kein Zweiter erleben konnte. Der Weltraumpionier öffnete bei der Gemini-10-Mission im Jahr 1966 die Luke seiner Raumkapsel und ließ sich in seinem Raumanzug zu einem erdnahen Satelliten schweben, um dort eine Versuchsplatte abzumontieren, die er wieder zurück zum Raumschiff brachte. Bei derselben NASA-Mission fotografierte er bei einem zweiten Außenbordeinsatz die Erde und die Sterne. Er war der erste Mensch, dem dieses abenteuerliche Glanzstück gelang.

Dabei gehörte der spätere Apollo-11-Pilot nicht zur ersten Garde der NASA-Astronauten. Obwohl der US-Air-Force-Offi-



Foto: NASA

Michael Collins war NASA-Spezialist für Raumanzüge.

zier sich für die zweite Astronautengruppe der amerikanischen Raumfahrtbehörde bewarb, gelang es ihm erst beim nächsten Anlauf, ins Programm aufgenommen zu werden. Im Jahr

1965 übernahm Collins sein Spezialgebiet „Raumanzüge und Weltraumaußentätigkeiten“ und überwachte die Anfertigung der weißen Maßanzüge für die NASA.

Einen persönlichen Rückschlag erlitt Collins, als bei ihm Bandscheibenprobleme im Halswirbelbereich nachgewiesen wurden. Zu diesem Zeitraum war er bereits für Apollo 8 vorgesehen gewesen, musste aber nun pausieren. Collins, der dann als Pilot für Apollo 11 ausgewählt wurde, entwarf auch das Missionsabzeichen.

Nach der erfolgreichen Mondlandung verließ er im Januar 1970 die NASA und wurde unter anderem erster Direktor des National Air and Space Museums der Smithsonian Institution in der US-amerikanischen Hauptstadt.